

November 2012



# NÖGemeinde

Das Fachjournal für Kommunalpolitik

Gemeindevertreterverband der Volkspartei Niederösterreich



DVR: 0930 423

**65 Jahre GVV**

**Große Festveranstaltung im  
St. Pöltner Landhaus**



**Für über 80 Gemeinden rund um  
Wien erfolgreich unterwegs:  
Die Gemeindebetreuer von Wien Energie.**

**Fischamend**

**Hagenbrunn**

**Guntramsdorf**

**Felixdorf**

Zahlreiche Gemeinden profitieren bereits von unserer sauberen Energie aus 100 % Wasserkraft. Auch Sie könnten bald zu ihnen gehören. Informieren Sie sich jetzt über unsere günstigen Tarife, das energiesparende Lichtservice und unsere umfangreichen Dienstleistungen auf [www.wienenergie.at](http://www.wienenergie.at) oder bei einem unserer Berater unter (01) 977 00-38171.

[www.wienenergie.at](http://www.wienenergie.at)



**UNSERE KRAFT FÜR SIE.**

Wien Energie Vertrieb, ein Unternehmen der EnergieAllianz Austria.

## Aktuell im November

### politik



Der GWV feierte in St. Pölten seinen 65. Geburtstag

- 04 65 Jahre GWV
- 09 Erste Kooperationsmodelle bewilligt
- 16 Familienfreundlichkeit ist nicht nur eine Geldsache
- 24 Enquete des Bundesrats zur Zukunft des ländlichen Raums

### finanzen



Die Kommunen müssen finanzielle Prioritäten setzen

- 12 Die finanzielle Lage der österreichischen Gemeinden

### recht & verwaltung

- 23 Ein explosives Urteil
- 28 Veräußerung eines „privaten“ Grundstücks durch eine Gemeinde

## Von Baumeistern zu Kommunalmanagern

65 Jahre Gemeindevertreterverband der Volkspartei Niederösterreich – das ist unser erfolgreiches Jubiläum, das wir kürzlich in St. Pölten zelebriert haben. 400 Gemeindevertreter, Wegbegleiter, Freunde aus Politik und Wirtschaft haben mit uns gefeiert. Ein Blick zurück zeigt: Es ist dies eine Zeit, in der viel passiert ist, es ist aber auch eine Ära, in der wir viel bewegt haben. Wir haben uns vom Interessensverband alter Prägung zum Dienstleistungsunternehmen entwickelt. Wir sind von den Baumeistern der Aufbaujahre zu den Kommunalmanagern der Gegenwart und Zukunft geworden. Und unser Verband, als Stimme von 6.792 Gemeindefunktionären, ist nicht zuletzt auch da, wo es um die Sorgen, wo es um die Bedürfnisse und wo es um das Wohl der Menschen in den Gemeinden geht. Der Blick nach vorne heißt für mich: Wir wollen weiterhin unseren Landsleuten lebenswerte Gemeinden gestalten. Wir wollen ihnen Heimat geben. Die Herausforderungen sind groß. Aber mit vereinten Kräften werden wir trotz wirtschaftspolitisch schwieriger Zeiten, trotz der immer schnelllebiger werdenden und globalisierten Welt – die nicht nur eine Relativierung der Werte mit sich bringt, sondern auch zu einer Neuordnung von zwischenmenschlichen Beziehungen führt – die schwierige Aufgabe meistern und den Menschen auch unter diesen Bedingungen Halt und Geborgenheit geben. Denn das ist es, worauf es ankommt. In diesem Zusammenhang möchte ich den vielen freiwilligen Gemeindevertretern danken, die mit uns die Gemeinden, das Land, unsere Heimat gestalten. Dank gilt natürlich auch unserem Landeshauptmann Erwin Pröll und seinem Team – ohne die Unterstützung des Landes wären wir auch nicht dort, wo wir jetzt sind. Deswegen bauen wir auch weiterhin auf die gelebte und hervorragende Partnerschaft zwischen Land und Gemeinden – sie ist einzigartig, erfolgreich und stark. Diese Stabilität und Entscheidungsfähigkeit wollen wir uns weiter erhalten – im Land, in den Gemeinden aber auch bei uns im Verband.



LABg. Bgm. Mag. Alfred Riedl  
Präsident



# Wehrpflicht und Familien als zentrale Themen

*Aktuelle Diskussionen standen im Mittelpunkt der 65-Jahr-Feier des GVV*

**D**er GVV lud zur Feier seines 65. Geburtstages in den Landtags-sitzungssaal in St. Pölten, und knapp 400 Gäste aus Politik und Wirtschaft kamen, um zu gratulieren.

„Die Herausforderungen in den Gemeinden sind nach wie vor groß – finanziell gesehen, aber auch aus gesellschaftspolitischer Sicht. Die Vorzüge unserer globalisierten, immer schnelllebiger und unpersönlicher werdenden Welt, scheinen mit der Zeit auch die Nachteile ans Tageslicht zu bringen“, sagte GVV-Präsident Alfred Riedl in seiner Rede. Ein schrankenloses Konsumdiktat, eine Relativierung der Werte in unserer Gesellschaft, aber auch das zunehmende Scheitern von Lebens- und Liebensbeziehungen seien die negativen Auswirkungen unserer gegenwärtigen sozioökonomischen Bedingungen.

Dazu komme, dass man es vermehrt und immer wieder mit unvorhersehbaren

Ereignissen zu tun habe, die rasch vieles ändern. „Wer hätte denn vor fünf Jahren noch gedacht, dass wir es mit einer Finanz- und Wirtschaftskrise zu tun bekommen. Wer hätte gedacht, dass wir gemeinsam einen Euro-Rettungsschirm aufspannen müssen. Oder wer hätte gar gedacht, dass Banken, ja sogar Staaten vor der Pleite stehen“, so Riedl weiter.

## **Riedl: „Wir schaffen Heimat“**

„Daher müssen wir uns tagtäglich den neuen gesellschaftlichen Herausforderungen stellen. Denn wir in den Gemeinden sehen es als unsere zentrale Aufgabe, unseren Landsleuten, gerade in Zeiten wie diesen, lebenswerte Gemeinden zu gestalten. Wir geben ihnen Halt, Stabilität und Geborgenheit in dieser schnelllebigen und krisengebeutelten Zeit. Kurz: wir schaffen Heimat“, so Riedl weiter.

Wie auch der Zukunftsforscher Matthias Horx prognostiziert, sei es die Aufgabe

der örtlichen Gemeinschaft, die Interessenslagen Jung – Alt, Familien – Singles, Selbstständige – Nichtselbstständige, Starke – Schwache auszugleichen. „Das setzt voraus, dass wir künftig noch mehr das Wesentliche vom Unwesentlichen unterscheiden müssen“, so der GVV-Chef.

## **„Ja, zu sinnvollen Reformen“**

In dem Zusammenhang müsse auch der Reformeifer genauer geprüft werden. „Für uns Gemeindevertreter ist klar, wir sind keine Reformverweigerer. Aber die Reformen müssen sinnvoll sein, und Reformen können nicht zusätzliche Aufgaben und Belastungen für die Gemeinden bedeuten. Da spielen wir sicher nicht mit“, so Riedl.

Der GVV Präsident ging in seiner Rede auch auf die subsidiäre Aufgabe der Gemeinden ein: „Ich bin überzeugt, dass alles, was die Gemeinden lokal erledigen können, auch von uns ausge-



Univ.-Prof. Wolfgang Mazal sprach über die Bedeutung der Familie für die Gesellschaft. „Familie braucht ein grundsätzliches ‚Ja‘ der Gesellschaft. Das vermisste ich oft.“



Generalstabschef Edmund Entacher sprach sich in seinem Vortrag zwar für eine Reform des Bundesheeres aus, lehnt aber die Abschaffung der Wehrpflicht vehement ab.



Univ.-Prof. Wolfgang Mazal, Generalstabschef Edmund Entacher, Gemeindebund-Präsident Helmut Mödlhammer, Inge Riedl, GVV-Präsident Alfred Riedl, Landeshauptmann Erwin Pröll und SP-GVV-Präsident Rupert Dworak

führt werden soll. Es ist transparenter, schneller und in den meisten Fällen auch billiger.“

### **Mazal: „Familie braucht ein ‚Ja‘ der Gesellschaft“**

Zwei aktuelle Themen standen im Mittelpunkt der Veranstaltung: Familien und Wehrpflicht.

Univ.-Prof. Wolfgang Mazal sprach über die Bedeutung der Familie für die Gesellschaft. „Familie braucht ein grundsätzliches ‚Ja‘ der Gesellschaft. Das vermisste ich heutzutage oft.“

### **Berufsheer würde Budgeterhöhung nötig machen**

Generalstabschef Edmund Entacher sprach sich in seinem Vortrag zwar für eine Reform des Bundesheeres aus, lehnt aber die Abschaffung der Wehrpflicht vehement ab. Als Argument für die Wehrpflicht führte er unter anderem das knappe Militärbudget an. „Für die Umsetzung eines Berufsheeres bräuchte man eine Budgeterhöhung von vier Prozent. Das ist völlig unrealistisch“, so Entacher. Er stellte klar, dass auch Grundwehrdiener, die aus der Berufspraxis kommen, professionelle Leistungen erbringen können. „Ich finde es empörend, wenn Grundwehrdiener als ‚Laiendarsteller‘ bezeichnet werden.“ Ein gelernter Tischler oder Maurer sei beim

Bundesheer oft sinnvoller einsetzbar als etwa ein Profi-Korporal, so Entacher.

Der Generalstabschef warnte zudem auch davor, dass das Bundesheer ohne Grundwehrdiener vor erheblichen Rekrutierungsproblemen für die Miliz und in weiterer Folge für die Auslandseinsätze stünde.

### **„Die Wehrpflicht ist für uns unverzichtbar.“**

Für die NÖ Gemeindevertreter steht fest: „Die Wehrpflicht ist für uns unverzichtbar. Wir vertrauen und wir bauen auf unsere Freiwilligen bei ihrer Arbeit in den unzähligen sozialen Einrichtungen. Und wir brauchen unsere Freiwilligen für die Sicherheit in Katastrophenfällen“, sagte GVV-Chef Riedl.

Riedl bedankte sich bei Landeshauptmann Erwin Pröll für die gute und erfolgreich praktizierte Partnerschaft von Land und Gemeinden.

„Ohne die Stabilität und Entscheidungsfähigkeit in diesem Land, würden wir heute nicht dort stehen, wo wir sind“, sagte Riedl.

In einem Doppelinterview das Moderatorin Daniela Jungreuthmayer mit Gemeindebund-Präsident Helmut Mödlhammer und dem Präsidenten des SP-GVV, Rupert Dworak, führte, fand auch Mödlhammer klare Worte für die

Beibehaltung der Wehrpflicht. „Es wäre eine Katastrophe, den Wert, den Österreich im Bundesheer hat, aufzugeben“, so Mödlhammer. Dworak sprach sich deutlich für ein starkes Freiwilligenwesen aus.

### **Pröll: „Dieses Land wurde durch die Gemeinschaft groß“**

Landeshauptmann Erwin Pröll ging auf die Äußerungen seiner Vorredner ein und stellte klar: „Familienpolitik darf nicht nur aus Sicht der öffentlichen Finanzmittel betrachtet werden.“ Die Politik solle Familien nicht vorschreiben, wie sie leben sollen, sondern Möglichkeiten anbieten, sich zu entfalten. Das würde die Familie wieder aufwerten. Zur Wehrpflicht-Debatte hob Pröll die Bedeutung von Bundesheer und Zivildienst für das Freiwilligenwesen hervor, denn der Großteil der Leute, die sich später in Freiwilligenorganisationen engagieren, hat beim Heer oder beim Zivildienst gedient. Vor allem sei das Herr aus Sicht des Landes und der Gemeinden ein unentbehrlicher Helfer bei Naturkatastrophen.

Zum Anlass der Feier, dem 65. Geburtstag des GVV, sagte der Landeshauptmann: „Dieses Land wurde durch die Gemeinschaft der Bürgerinnen und Bürger groß. Das ist auch ein Verdienst der Gemeindevertreterverbände.“





GVV-Präsident Alfred Riedl bei der Festveranstaltung im Landtagssitzungssaal

# Vom Schutzverband zur Top-Interessensvertretung

*Die Geschichte des Gemeindevertreterverbandes der Volkspartei NÖ*

von **Franz Oswald**

Österreich, insbesondere der östliche Teil, kämpft nicht nur mit der Beseitigung der teils enormen Kriegsschäden, mit Ernährungs-, Versorgungs- und Gesundheitsproblemen, sondern spürt auch den Druck der sowjetischen Besatzungsmacht. Niederösterreich und seine Gemeinden zählten zu den Hauptbetroffenen dieser Nachkriegszeit mit ihren spürbaren Unsicherheiten. Das war das Umfeld für die Gründung eines Schutz- und Interessensverbandes der Gemeinden, des Gemeindevertreterverbandes der Volkspartei NÖ.

## **Gründung am 10. Oktober 1947**

Eine eindrucksvolle Versammlung von 3000 VP-Gemeindevertretern im Wiener Konzerthaus war der letzte Anstoß zur Gründung. Offizielles Gründungsdatum

ist der 10. Oktober 1947, womit der „Verband“, so das Kürzel des GVV, in diesem Herbst seinen 65er begeht. Im Menschenleben ist das Eintrittsalter für die Pension, beim GVV ist aber davon keine Rede – er ist präsenter denn je.

## **Kampf um jeden Tausender**

In diesen 65 Jahren führte der Weg vom ursprünglichen Schutz- und Trutzbündnis zum effizienten Service- und Rechtsbüro, zur Top-Interessensvertretung. Ohne Verband ging schon in der Gründungsphase politisch, insbesondere für die Klein- und Mittelgemeinden, nichts. Die Frühzeit war neben dem Schutz vor Über- und Eingriffen der Besatzer vor allem von Versorgungs- und Finanzproblemen gekennzeichnet. Der erste Landesobmann, der Altenwörther Bürgermeister Johann Waltner, sagte treffend: „Wir kämpften um jeden Tausender, Kanzler Figl war oft Retter in der Not.“

## **18.000 Gemeindevertreter – 1652 Gemeinden**

Erster Arbeitsschwerpunkt war neben Schulungen und Interventionen vor allem der Kampf um einen gerechten Finanzausgleich für die Landgemeinden. Der Verband saß zunächst in Wien 1., Herrngasse 13, dann bis 1985 in der Strauchgasse und anschließend in der Wiener Löwelstraße, ehe 2000 die Übersiedlung in die neue Landeshauptstadt erfolgte.

Nach Waltner kam von 1949 bis 1966 der Spitzer Bürgermeister Franz Schöberl, unter dem der Verband bereits 18.000 Gemeindevertreter zählte – freilich noch in 1652 Gemeinden. Die VP als Bürgermeisterei, der GVV als Bürgermeisterverband, so ist es bis heute.

Erster Verbandssekretär (bis 1957) war Gottfried Kotvojs, der das Verbandsblatt „Die NÖ Gemeinde“ schuf. Ihm folgte als Landesgeschäftsführer bis 1982 der



Landeshauptmann Erwin Pröll hob bei der Festveranstaltung die Bedeutung des GVV für die Entwicklung des Landes Niederösterreich hervor.



Johann Waltner war der erste Landesobmann des GVV.



Landesobmann Franz Schöberl mit seinem Stellvertreter Hermann Laferl und Landesgeschäftsführer Ernst Brosig bei Landeshauptmann Leopold Figl

Kommunaljurist Ernst Brosig, der Markierungen setzte. Vor allem zwei Daten waren für die weitere Entwicklung des GVV und der Gemeinden von Bedeutung: Die Bundesverfassungsnovelle 1962 als Grundlage der Kommunalautonomie, in deren Folge die NÖ Gemeindestrukturreform eine Verringerung der Gemeinden von 1652 auf 573 brachte, und die Landesverfassung 1978 mit Verankerung der Gemeindevertreterverbände und deren finanzieller Absicherung.

### Achse GVV-Gemeindebund

Seit 1966 war der wortgewaltige Weikersdorfer Bürgermeister Hermann Laferl Verbandsobmann, ihm folgte der Zistersdorfer Bürgermeister, Landtags- und Gemeindebundpräsident Ferdinand

Reiter, ein österreichweit anerkannter Gemeindevanwalt. Der GVV hatte sich längst als moderne, den Kammern vergleichbare Interessensvertretung etabliert. Nach Brosigs Tod kam 1982 Roman Häußl als Landesgeschäftsführer, ebenfalls ein anerkannter Kommunaljurist. Reiter-Nachfolger als GVV- und Gemeindebundpräsident wurde Franz Romeder, womit einmal mehr die enge Achse GVV-Gemeindebund zum Ausdruck kam – bis heute ein Element in der Verbandsentwicklung. Edmund Freibauer (1988-1992) und Franz Rupp (1992-2001), ebenfalls bewährte Gemeinde- und Landespolitiker, waren die nächsten Obmänner bzw. Präsidenten Rechtsservice, Öffentlichkeits- und Schulungsarbeit wurden weiter ausgebaut.

### Weichenstellungen ins neue Jahrtausend

2000/2001 wurden die Weichen im GVV neu gestellt: Christian Schneider wurde neuer Landesgeschäftsführer, Landtagsabgeordneter Alfred Riedl neuer Präsident. Der GVV vertritt jetzt 6795 Gemeindegremien und 428 Bürgermeister. Die jüngsten Schwerpunkte sind interkommunale Zusammenarbeit, neue Wege in der Fach- und Funktionärsschulung, Heranführen der Gemeinden an das E-Government und nicht zuletzt volle Nutzung der Möglichkeiten der EU. Die „NÖ Gemeinde“ wurde ein modernes Kommunalmagazin, die Gesetzesbegutachtung nahm weiter sprunghaft zu.

### In der Schulung Maßstäbe gesetzt

Wirkungsvolle Unterstützung erhalten die Gemeinden ebenso im Kampf gegen Wirtschafts- und Finanzprobleme und bei Umsetzung der Schul- und Kindergartenreform, forciert wird auch – zusammen mit Land und Bund – die Pflegevorsorge. 2005 konnte der beste Finanzausgleich für die Klein- und Mittelgemeinden erreicht werden.

Auch in der Schulung wurden Maßstäbe gesetzt: mit der Gründung der Akademie 2.1 zusammen mit VP-Klub und Landespartei sowie mit dem Ausbau der Kommunalakademie NÖ mit inzwischen weit über 100.000 Besuchern. Zwei Österreichische Gemeindetage 2003 und 2012 wurden erfolgreich über die Bühne gebracht.

Das Verbandsbüro mit seinem personellen und technischen Ausbau ist Garant für eine weiter effiziente Interessens- und Servicetätigkeit – für die Gestaltungs- und Dienstleistungs-gemeinde der Zukunft.



**Hofrat Prof. Dr. Franz Oswald,**  
Chefredakteur der  
NÖ Landesregierung i.R.,  
jetzt freier Journalist



# Steuerexperte, Politik-Allrounder, **Familienmensch**

*GVV-Präsident Alfred Riedl feierte seinen 60. Geburtstag*

von **Franz Oswald**

**M**ag. Ing. Alfred Riedl, Bürgermeister und Landtagsabgeordneter, GVV-Präsident seit über zehn Jahren und damit Niederösterreichs erster Ansprechpartner in Gemeindeangelegenheiten, wurde am 7. November 60 Jahre alt. Als Kommunal- und Landespolitiker ist der Jubilar ein politischer Allrounder, kein Quereinsteiger, solide und profund ausgebildet, gewachsen von der Gemeinde aus, der wichtigsten politischen Schule. Riedl kennt Politik in all ihren Facetten, ist zudem Steuerexperte – all dies eine unbezahlbare Grundlage dafür, als Politiker themensicher und sattelfest zu sein.

## Politik von der Pike auf

Geboren wurde Alfred Riedl als Weinbauernsohn in Grafenwörth. Er absolvierte das Franzisco-Josephinum, diese traditionsreiche höhere landwirt-



**Klubobmann Klaus Schneeberger überreichte dem Jubilar den Ehrenring des Landtagsklubs der VPÖ.**



**Anlässlich seines 60. Geburtstags erhielt Alfred Riedl von Landeshauptmann Erwin Pröll das „Silberne Komturkreuz des Ehrenzeichens für Verdienste um das Bundesland Niederösterreich“ überreicht. Die Überreichung fand im Zuge der Festveranstaltung „65 Jahre GVV“ im Sitzungssaal des NÖ Landtages statt.**

schaftliche Schule in Wieselburg, und anschließend die Wiener Wirtschafts-Uni. Im Anschluss daran wurde er Steuerberater und Wirtschaftstreuhänder und begann seinen politischen Weg 1985 als Gemeinderat in Grafenwörth, wo er 1990 Bürgermeister wurde. Riedl machte sich bald in regionalen Umwelt- und Wirtschaftsverbänden einen Namen, wurde 1996 2. GVV-Vizepräsident, 2001 Präsident des Verbandes – der achte seit GVV-Gründung – und mittlerweile zweimal eindrucksvoll bestätigt. Seit 1998 ist Alfred Riedl auch Landtagsabgeordneter und stieg 2007 zu einem der beiden Vizepräsidenten des Österreichischen Gemeindebundes auf.

## GVV neu

Der für seine Loyalität ebenso wie für seine kreative Unruhe bekannte GVV-Präsident steht als solcher vor allem für den „GVV neu“. Womit insbesondere die Verbreiterung des Verbandes als gleichsam Kammer für Gemeindevertreter, die Ausweitung des Verbandsbüros sowie verstärkte Öffentlichkeitsarbeit und Schulung stehen. Riedls inhaltliches Credo gilt vor allem dem

Erhalt der Einheitsgemeinde in der gegenwärtigen Kommunalstruktur, der interkommunalen Zusammenarbeit, der fairen Verteilung der Finanzmittel zugunsten der kleineren Gemeinden, nicht zuletzt der Förderung des freiwilligen sozialen Engagements.

## Kraftquellen

Der Jubilar ist neben Beruf und Politik vor allem eines noch: Familienmensch, dies als Ehemann, Vater von drei Töchtern und Großvater. Weitere Kraftquellen sind sicher seine Begeisterung für den Weinbau und die Jagd. Nicht zuletzt zeichnet Riedl ein geordnetes, betont kollegiales Verhältnis zu seinem Pendant auf SP-Gemeindevertreterseite aus. „Zwischen uns passt kein Blatt Papier“, sagen beide. Was durchaus zum Wohl der Gemeinden gerät.



# Erste Kooperationsmodelle wurden **bewilligt**

*Gemeindekooperationen statt Zusammenlegungen sind das Modell der Zukunft*

Unsere 573 Gemeinden sind das Rückgrat Niederösterreichs. Daher sind Kooperationsmodelle, die den Gemeinden Stabilität, Sicherheit und finanzielle Vorteile bringen, der Schlüssel für eine erfolgreiche Zukunft“ stellte Landeshauptmann-Stellvertreter Wolfgang Sobotka bei einem gemeinsamen Pressegespräch mit den Chefs, der Gemeindevertreterverbände von VP und SP, Alfred Riedl und Rupert Dworak klar.

Aufgrund der niederösterreichischen Gemeindestruktur habe sich gezeigt, dass eine Zusammenarbeit über die Gemeindegrenzen hinweg viele Vorteile bringe, meinte Sobotka: im Bereich Verwaltung (z. B. gemeinsames Fachpersonal für Bauanliegen, Personalverrechnung, Buchhaltung, gemeinsamer Einkauf) oder bei Dienstleistungen (Angebote des Bauhofes, gemeinsamer Ankauf von Geräten etc.). Das bringe nicht nur wirtschaftliche Vorteile und Einsparungen, sondern auch eine Steigerung der Qualität und eine Professionalisierung der Leistungen!

„Daher geht Niederösterreich schon länger den Weg der gemeindeübergreifenden Kooperationen“, so Sobotka. Erfolgreiche Beispiele seien die NÖ Kleinregionen oder die 18 Leader-Regionen, die die Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit und der Lebensqualität im ländlichen Raum zum Ziel haben.

Im April 2012 wurden nun weitere Grundlagen geschaffen, die den Gemeinden Kooperationen erleichtern. Rund zwei Mio. Euro stehen für die Entwicklung und Projektierung von Kooperationsvorhaben zur Verfügung. Die ersten elf Anträge wurden nun genehmigt und werden mit rund



Foto: NLK Filzwieser

Alfred Riedl, Wolfgang Sobotka und Rupert Dworak: Parteiübergreifende Zusammenarbeit bei Gemeindekooperationen.

400.000 Euro gefördert. Zwei davon wurden von den Präsidenten der Gemeindevertreterverbänden präsentiert:

## **Zusammenfassung der Verwaltung**

Die Gemeinden Altendorf, Buchbach, Bürg-Vöstenhof, Grafenbach-St. Valentin, Ternitz, Wimpassing im Schwarztal planen die Zusammenfassung aller bestehenden Verwaltungseinheiten in einer gemeinsamen Verwaltung.

## **Kooperationsmodelle und Verwaltungsgemeinschaften**

Und die Gemeinden Absdorf, Atzenbrugg, Fels am Wagram, Grafenwörth, Großriedenthal, Großweikersdorf, Judenau-Baumgarten, Kirchberg am Wagram, Königsbrunn am Wagram, Königstetten, Langenrohr, Michelhausen, Muckendorf-Wipfing, Sieghartskirchen, Sitzenberg-Reidling, St. Andrä-Wördern, Tulbing, Tulln an der Donau, Würmla, Zeiselmauer-Wolf-

passing, Zwentendorf an der Donau planen die Entwicklung zentraler und dezentraler Kooperationsmodelle bzw. Verwaltungsgemeinschaften im Bereich der Abgaben- und Gebühreneinhebung. „Die erfolgreichen Beispiele der Vergangenheit haben gezeigt, dass die Zukunft in der Kooperation liegt. Wir freuen uns sehr, dass sich so viele Gemeinden zusammenfinden und kreative Wege finden, um die Verwaltung zu vereinfachen und die vorhandenen finanziellen Mittel sinnvoll einzusetzen“ freut sich Alfred Riedl über das rege Interesse an den Kooperationen.

„Unsere Gemeinden sind nicht nur ein wirtschaftlicher Faktor, sondern erfüllen auch wichtige soziale Aufgaben. Von der Kinderbetreuung über die Schulausbildung und bis zur Pflege unserer älteren Mitmenschen reichen die vielfältigen Aufgaben. Sie bieten den Menschen Schutz, Identität und Heimat. Deshalb heißt unsere Devise auch Kooperation statt Zusammenlegung!“ so Wolfgang Sobotka abschließend.

# Soll man nicht mehr **gratulieren dürfen?**

*Gemeindebund fordert Reform des Melde- und des Datenschutzgesetzes*



„Man kann den Datenschutz auch übertreiben“, meint Gemeindebund-Chef Mödlhammer.

Es ist ein Schildbürgerstreich, dass jeder Bürgermeister, der via Gemeindezeitung oder auch persönlich zu einem runden Geburtstag eines Gemeindegürgers gratuliert, mit dem Datenschutz in Konflikt gerät“, ärgert sich Gemeindebund-Präsident Helmut Mödlhammer und reagiert damit auf Meldungen, wonach Bürgermeister deswegen angezeigt wurden.

„Man kann den Datenschutz auch übertreiben“, so Mödlhammer. „Mit ganz wenigen Ausnahmen freuen sich die Menschen darüber, wenn ihnen vom Bürgermeister oder vom Gemeinderat zum Geburtstag, zum Hochzeitstag oder zu einem anderen Jubiläum gratuliert wird.“ Hier werde mit Kanonen auf Spatzen geschossen, wenn man derartige Bräuche künftig verhindern wolle.

„Nachdem die Länder diesen Bereich nicht alleine regeln dürfen, fordere ich eine Änderung des Meldegesetzes auf Bundesebene ein, damit sich die Gemeinden hier nicht im rechtsfreien Raum bewegen müssen“, so Mödlhammer. Wenn es jemand ablehne, in der Gemeindezeitung als Jubilar aufzuscheinen, so könne man dies sehr leicht über ein (dauerhaftes) Widerspruchsrecht regeln.

„Wenn wir so weitermachen, dass Bürokraten jedes Fünkchen an Menschlichkeit ausradieren wollen, dann darf sich niemand wundern, wenn das zur Entfremdung der Menschen von der Politik beiträgt“, so der Gemeindebund-Chef. „Ich schlage vor, dass sich die Datenschützer um die großen Datensammler wie Facebook oder Google kümmern.“



**Auf optimaler Betriebstemperatur.  
Seit 1992.**

Es muss schon seine guten Gründe haben, wenn heute jemand schon seit 20 Jahren Landeshauptmann ist. Der erste und wichtigste Grund: Er muss mindestens viermal von den Menschen im Land gewählt worden sein. Ein zweiter ist: Wer so viele Jahre tagein, tagaus so viel im Land unterwegs ist, muss Land und Leute einfach wirklich lieben. Und wahrscheinlich hat das eine genau mit dem anderen zu tun: Die Menschen spüren eben, dass da einer mit Leib und Seele bei der Arbeit ist. Sie sehen, dass sie sich auf ihn verlassen können. Und sie wissen ganz genau, was das gerade in Zeiten wie diesen wert ist. Deshalb denken die Niederösterreicherinnen und Niederösterreicher bei Landeshauptmann Dr. Erwin Pröll auch schon lange nicht mehr an Schwarz oder Rot oder Blau oder Grün. Sondern einfach an Blau-Gelb.

Mitglieder und Freunde der Volkspartei Niederösterreich



# KOMMREAL

## Das Ausgliederungsmodell der Raiffeisen für Immobilien der Gemeinden

**S**tetig steigende, immer komplexer werdende Anforderungen bei gleichzeitig immer knapper werdenden Budgets – mit dieser Situation sind leider viele Gemeinden heutzutage konfrontiert. Um dennoch alle Aufgaben bewältigen zu können, gilt es, den Gemeinden zeitgemäße und innovative Produkte anzubieten. Kommreal ist das Ausgliederungsmodell von Raiffeisen für Immobilien der Gemeinden und funktioniert wie folgt: Die Immobilien der Gemeinden werden in eine Projektgesellschaft ausgelagert. In Frage kommen verschiedenste Arten von Immobilien – vom Kindergarten über Wohnhäuser bis hin zu Schulgebäuden. Die Gesellschafteranteile der Gemeinde betragen 80 Prozent oder mehr, sodass der herrschende Einfluss der Gemeinde auch weiterhin gewährleistet ist.

Durch Verkauf der Immobilien an die Gesellschaft erhält die Gemeinde budgetwirksame Einnahmen die für anstehende Investitionen oder den Abbau



Das neue Hotel direkt auf der Passhöhe: entwickelt, geplant und errichtet von der KommReal Semmering GmbH

eines allfälligen Schuldenstandes verwendet werden können. Die Kaufpreise werden mittels Gutachten ermittelt.

### Verträge werden übernommen

In weitere Folge werden die von der Gemeinde genutzten Objekte angemietet. Vertragsverhältnisse die seitens der Gemeinde mit Dritten (z. B. Mietwohnungen) abgeschlossen wurden, bleiben natürlich bestehen und werden von der Gesellschaft übernommen.

Ziel ist es jedoch, die Immobilien nicht nur zu verwalten, sondern deren Wert durch professionelle Bewirtschaftung nachhaltig zu steigern. Die strategische Partnerschaft mit unseren Experten bedeutet für die Gemeinden Kostenreduktion und Transparenz. Und den Gewinn erhält zur Gänze die Gemeinde. Ankäufe, Verkäufe von nicht mehr notwendigen Immobilien, Sanierungen und Neuerrichtungen können künftig über die Gesellschaft abgewickelt werden. Gleiches gilt für Baulandentwicklungen sowohl für Wohn- als auch für Betriebsgebiete.

### Informationen

bei Ihrer örtlichen Raiffeisenbank oder bei

#### Raiffeisen Leasing GmbH

[www.raiffeisen-leasing.at](http://www.raiffeisen-leasing.at)

Ing. Michael Schreiber

Tel.: 01/71601-8067

E-Mail: [michael.schreiber@rl.co.at](mailto:michael.schreiber@rl.co.at)

Eva Balcar

Tel.: 01/71601-8035

E-Mail: [eva.balcar@rl.co.at](mailto:eva.balcar@rl.co.at)

#### Raiffeisenlandesbank NÖ-Wien AG

[www.raiffeisenbank.at](http://www.raiffeisenbank.at)

Christian Pelzmann

Tel. 05/1700-92952

E-Mail: [christian.pelzmann@raiffeisenbank.at](mailto:christian.pelzmann@raiffeisenbank.at)

### Vorgangsweise

- Definition der Immobilien
- Bewertung der Immobilien
- Festlegen der Mieten
- Gemeinderatsbeschluss
- Gründung der Gesellschaft
- Abschluss der Kauf- und Mietverträge
- Finanzierung der Gesellschaft
- Professionelle Immobilienbewirtschaftung

### Vorteile

- Bleibender Einfluss der Gemeinde
- Strategische Partnerschaft mit Immobilienexperten
- Nachhaltige Wertsteigerung der Immobilien
- Schaffung budgetwirksamer Einnahmen
- Aufdeckung stiller Reserven
- Kostenreduktion und -transparenz
- Steuer- und Gebührenersparnis durch Art. 34 Budgetbegleitgesetz 2001
- Bilanzgewinn erhält zu 100 Prozent die Gemeinde

# Kommunen müssen Prioritäten setzen

## Zur finanziellen Lage der österreichischen Gemeinden

Nach den Krisenjahren 2009 und 2010, in denen die österreichische Wirtschaft um 1,4 Prozent schrumpfte, hat sich die Wirtschaft im Jahr 2011 mit einem realen BIP-Wachstum von 3,1 Prozent wieder stabilisiert.

Das aktuelle Jahr 2012 soll jedoch wieder nur ein geringes reales Wirtschaftswachstum von 0,4 Prozent mit sich bringen, wobei der Ausblick der mittelfristigen Prognosen von WIFO und IHS 2013 mit +1,4 Prozent und 2014 mit +2,0 Prozent wieder etwas freundlicher aussieht.

### Ertragsanteile wieder auf dem Niveau vor 2008

Die Ertragsanteileverzeichneten 2011 gegenüber dem Krisenjahr 2010 einen enormen Anstieg und konnten wieder das Niveau des Vorkrisenjahres 2008 erreichen. Gemäß einer Prognose des Finanzministeriums werden die Gemeindeertragsanteile heuer ein Wachstum von lediglich etwas über 3 Prozent verzeichnen. Zu diesem relativ geringen Wachstum an Anteilen aus gemeinschaftlichen Bundesabgaben ist jedoch zu sagen, dass aufgrund der „Verbundlichung“ des ehemaligen Landespflegegeldes im heurigen Jahr erstmals die entsprechenden Anteile der Gemeinden (bis 2014 eingefroren auf den Wert aus 2010) bereits von den Ertragsanteilen in Abzug gebracht wurden. Bereinigt um diese rund 127 Millionen Euro würde der Anstieg etwa 4,5 Prozent betragen.

Mittelfristig sollen die kassenmäßigen Ertragsanteile der Gemeinden gemäß den Schätzungen des Finanzministeriums bis 2016 um jährlich rund 4,5 Prozent wachsen. Dieses Wachstum ist ob der schwachen Konjunktur stark von

den Mehreinnahmen aus dem im Frühjahr beschlossenen Konsolidierungspaket 2012-2016 (Stabilitätsgesetz 2012) getragen und beinhaltet etwa auch die Abgeltungs-Milliarde aus der Schweiz.

### Ertragsanteilvorschüsse 2011 und 2012

Das für 2012 gegenüber 2011 prognostizierte Wachstum der Gemeindeertragsanteile spiegelt sich insofern nicht ganz in den Ertragsanteilvorschüssen der ersten drei Quartale 2012 wieder, als die gemeinschaftlichen Bundesabgaben ab August konjunkturbedingt nicht mehr ganz so deutlich ansteigen werden wie im bisherigen Jahresverlauf.

Die Ertragsanteilvorschüsse werden im restlichen Jahr etwas unter den bisherigen +4,2 Prozent (Gemeinden ohne

Wien) anwachsen. Das konjunkturell schwache Jahr 2012 wird auch zu einer relativ geringen Zwischenabrechnung führen. Diese Endabrechnung des Abgabjahres 2012 mit prognostizierten rund +20 Millionen Euro wird dann die Ertragsanteilvorschüsse der Gemeinden im März 2013 geringfügig erhöhen. Zuletzt war die Entwicklung bei den Ertragsanteilen nicht erfreulich; Grund ist der Konjunkturabschwung. Gegenüber November 2011 müssen die Gemeinden ein Minus von 6,5 Prozent hinnehmen.

### Getränkesteuerausgleich 2007 bis 2012

Die Entwicklung des Getränkesteuerenausgleichs war aufgrund der Koppelung an das Wachstum der Umsatzsteuer auch in den Krisenjahren positiv. Die

| Kassenmäßige Ertragsanteile<br>(inkl. SpielbankAbg. in Mio. EUR) | Erfolg          |                 |               | Prognose       |              |
|------------------------------------------------------------------|-----------------|-----------------|---------------|----------------|--------------|
|                                                                  | 2010            | 2011            | %             | 2012 *)        | %            |
| Burgenland                                                       | 191,9           | 214,1           | 11,61%        | 218,0          | 1,80%        |
| Kärnten                                                          | 476,4           | 516,0           | 8,32%         | 532,2          | 3,13%        |
| Niederösterreich                                                 | 1.219,3         | 1.356,6         | 11,26%        | 1.382,0        | 1,87%        |
| Oberösterreich                                                   | 1.170,7         | 1.293,3         | 10,47%        | 1.331,9        | 2,99%        |
| Salzburg                                                         | 516,7           | 572,5           | 10,80%        | 582,3          | 1,71%        |
| Steiermark                                                       | 944,8           | 1.054,0         | 11,55%        | 1.074,4        | 1,94%        |
| Tirol                                                            | 645,7           | 711,9           | 10,25%        | 737,8          | 3,64%        |
| Vorarlberg                                                       | 343,7           | 385,0           | 12,02%        | 395,1          | 2,63%        |
| Wien                                                             | 1.932,2         | 2.097,4         | 8,55%         | 2.204,2        | 5,09%        |
| <b>Gesamt</b>                                                    | <b>7.441,33</b> | <b>8.200,78</b> | <b>10,21%</b> | <b>8.457,9</b> | <b>3,14%</b> |

\*) Gemeindeanteil am ehemaligen Landespflegegeld in Höhe von gesamt EUR 127,2 Mio. bereits abgezogen

| Ausgewählte gemeinschaftliche Bundesabgaben<br>(Abgabenerfolg in Mio. EUR) |        |        |        |        |        | Anteil (%) |
|----------------------------------------------------------------------------|--------|--------|--------|--------|--------|------------|
|                                                                            | 2007   | 2008   | 2009   | 2010   | 2011   | Gemeinden  |
| Einkommensteuer                                                            | 2.629  | 2.742  | 2.605  | 2.668  | 2.678  | 11,883%    |
| Lohnsteuer                                                                 | 19.664 | 21.308 | 19.897 | 20.378 | 21.814 | 11,883%    |
| KESt I                                                                     | 1.294  | 1.573  | 1.144  | 1.251  | 1.449  | 11,883%    |
| KESt II                                                                    | 1.879  | 2.176  | 1.871  | 1.306  | 657    | 11,883%    |
| Körperschaftsteuer                                                         | 5.742  | 5.999  | 3.834  | 4.633  | 5.277  | 11,883%    |
| Umsatzsteuer                                                               | 20.832 | 21.853 | 21.628 | 22.467 | 23.391 | 11,883%    |
| Mineralölsteuer                                                            | 3.689  | 3.894  | 3.800  | 3.854  | 4.213  | 11,883%    |
| Werbeabgabe                                                                | 109    | 114    | 105    | 110    | 111    | 86,917%    |
| Grunderwerbsteuer                                                          | 644    | 652    | 623    | 727    | 754    | 96,000%    |



in der Grafik dargestellten Ländertöpfe entsprechen weiterhin der Relation des ehemaligen Aufkommens an Getränkeabgabe aus den Jahren 1993-1997 bzw. 1998 und 1999, lediglich die gemeindeweise Aufteilung der Mittel innerhalb der Bundesländer war von der Aufhebung durch den Verfassungsgerichtshof betroffen. Die aktuelle gemeindeweise Unterverteilung wurde bis Ende 2014 fixiert, ab 2015 ist im Finanzausgleichsgesetz eine Neuregelung zu treffen.

### Kommunalsteuer und Grundsteuer 2008 bis 2010

Da die Statistik Austria erst Anfang Oktober jeden Jahres die Haushaltszahlen der Gemeinden bereitstellt, kann aktuell lediglich der Abgabenerfolg der Kommunalsteuer und Grundsteuer bis 2010 dargestellt werden.

Erhöhten sich die Lohn- und Gehaltssummen (LGS) im Vorkrisenjahr 2008 noch um etwa 5,4 Prozent gegenüber dem Vorjahr, waren es 2009 nur noch 2,7 Prozent und 2010 nur noch etwa 2,2 Prozent.

Das Ergebnis der Kommunalsteuer für das Jahr 2011 sollte gemäß den Prognosen der Lohn- und Gehaltssummen ein Kommunalsteuer-Wachstum von etwas über 4 Prozent gegenüber 2010 bringen, für das heurige Jahr 2012 wird obgleich der sich in der zweiten Jahreshälfte einbremsenden Konjunktur aufgrund der hohen Lohnabschlüsse vom Finanzministerium dennoch mit einem LGS-Wachstum von 4,2 Prozent gerechnet, das 2013 jedoch wieder auf knappe 3 Prozent sinken wird.

2010 betrug das bundesweite Aufkommen von Grundsteuer A und B (die jährlichen Zuwächse resultieren konjunkturunabhängig aus Neu-, Um- und Zubauten) knapp 610 Millionen Euro. Durch die Probleme rund um die seit Jahren überfällige Hauptfeststellung der Einheitswerte sowie die zögerliche Bearbeitung der Akten durch die Finanzverwaltung entwickelt sich das Grundsteueraufkommen weit unter seinen Möglichkeiten. Zwischen 2000 und 2010 ist das Aufkommen um jährlich durchschnittlich 2,4 Prozent angestiegen, im Vergleich dazu steigt der Baukostenindex um jährlich 4 bis 5 Prozent.

### Folgen der Wirtschafts- und Finanzkrise

Als Folge der Krise konnten viele Investitionsprojekte nicht (zeitgerecht) durchgeführt werden. Diese Infrastrukturmaßnahmen müssen nunmehr nachgeholt werden. Beispielsweise besteht etwa im Bereich des Siedlungswasserbaus derzeit großer Investitions(nachhol)bedarf, der durch die geänderte Förderpolitik des Bundes (die ab 2013 keine Mittel mehr für neue Förderzusagen vorsieht) nun stark erschwert wird.

Nachdem bisher fast alle eingereichten Projekte gefördert wurden, gibt es bereits heuer Engpässe, sodass eine Prioritätenreihung erfolgen muss.

Die Ergebnisse der jüngst erfolgten Investitionskostenerhebung bei den Gemeinden 2013 bis 2021 sprechen von

einem jährlichen Förderbedarf durch den Bund (der sich zu rund 20 Prozent an den Projekten beteiligt) von rund 150 bis 200 Millionen Euro. Der Gemeindebund wird darauf drängen, dass der Bund diese Fördermittel auch weiterhin entsprechend dem Investitionsbedarf im Siedlungswasserbau zur Verfügung stellt.

Im Jahr 2010 sind die Bruttoinvestitionen der Gemeinden ohne Wien gegenüber 2009 insgesamt um 368 Millionen Euro bzw. 18,1 Prozent auf 1.670,6 Millionen Euro markant gesunken. Am stärksten betroffen von der Verkürzung der Investitionen waren die Bereiche Dienstleistungen mit -152,0 Millionen Euro (-16,5 Prozent), Straßen- und Wasserbau, Verkehr mit -117,6 Millionen Euro (-22,8 Prozent) und Unterricht, Erziehung, Sport und Wissenschaft mit

| Kassenmäßige Ertragsanteile<br>(inkl. SpielbankAbg. in Mio. EUR) | Erfolg          |                 |               | Prognose       |              |
|------------------------------------------------------------------|-----------------|-----------------|---------------|----------------|--------------|
|                                                                  | 2010            | 2011            | %             | 2012 *)        | %            |
| Burgenland                                                       | 191,9           | 214,1           | 11,61%        | 218,0          | 1,80%        |
| Kärnten                                                          | 476,4           | 516,0           | 8,32%         | 532,2          | 3,13%        |
| Niederösterreich                                                 | 1.219,3         | 1.356,6         | 11,26%        | 1.382,0        | 1,87%        |
| Oberösterreich                                                   | 1.170,7         | 1.293,3         | 10,47%        | 1.331,9        | 2,99%        |
| Salzburg                                                         | 516,7           | 572,5           | 10,80%        | 582,3          | 1,71%        |
| Steiermark                                                       | 944,8           | 1.054,0         | 11,55%        | 1.074,4        | 1,94%        |
| Tirol                                                            | 645,7           | 711,9           | 10,25%        | 737,8          | 3,64%        |
| Vorarlberg                                                       | 343,7           | 385,0           | 12,02%        | 395,1          | 2,63%        |
| Wien                                                             | 1.932,2         | 2.097,4         | 8,55%         | 2.204,2        | 5,09%        |
| <b>Gesamt</b>                                                    | <b>7.441,33</b> | <b>8.200,78</b> | <b>10,21%</b> | <b>8.457,9</b> | <b>3,14%</b> |

| Getränkesteuer ausgleich (Ländertöpfe) |              |              |              |              |              |              |
|----------------------------------------|--------------|--------------|--------------|--------------|--------------|--------------|
| (in Mio. EUR)                          | 2007         | 2008         | 2009         | 2010         | 2011         | 2012         |
| Bgld.                                  | 9,0          | 9,5          | 9,5          | 9,6          | 10,1         | 10,5         |
| Ktn.                                   | 30,5         | 32,1         | 32,3         | 32,6         | 34,4         | 35,7         |
| NÖ                                     | 54,5         | 57,4         | 57,8         | 58,3         | 61,5         | 63,8         |
| OÖ                                     | 52,3         | 55,1         | 55,5         | 56,0         | 59,1         | 61,3         |
| Sbg.                                   | 33,8         | 35,6         | 35,9         | 36,2         | 38,2         | 39,6         |
| Stmk.                                  | 47,0         | 49,5         | 49,8         | 50,3         | 53,0         | 55,0         |
| Tirol                                  | 52,1         | 54,8         | 55,2         | 55,8         | 58,8         | 61,0         |
| Vbg.                                   | 17,3         | 18,2         | 18,3         | 18,5         | 19,5         | 20,2         |
| Wien                                   | 62,4         | 65,7         | 66,1         | 66,8         | 70,4         | 73,1         |
| <b>Gesamt</b>                          | <b>358,8</b> | <b>377,9</b> | <b>380,3</b> | <b>384,2</b> | <b>405,9</b> | <b>420,3</b> |

| Ausschließliche Gemeindeabgaben |               |             |             |               |              |              |                |                |                |
|---------------------------------|---------------|-------------|-------------|---------------|--------------|--------------|----------------|----------------|----------------|
| (in Mio. EUR)                   | Grundsteuer A |             |             | Grundsteuer B |              |              | Kommunalsteuer |                |                |
|                                 | 2008          | 2009        | 2010        | 2008          | 2009         | 2010         | 2008           | 2009           | 2010           |
| Bgld.                           | 2,1           | 2,1         | 2,1         | 14,9          | 15,7         | 16,7         | 46,7           | 47,7           | 48,9           |
| Ktn.                            | 1,8           | 1,7         | 1,7         | 40,8          | 42,3         | 44,0         | 129,5          | 127,9          | 130,3          |
| NÖ                              | 10,4          | 10,5        | 9,6         | 98,7          | 101,1        | 104,6        | 368,7          | 366,1          | 371,4          |
| OÖ                              | 5,6           | 5,7         | 5,6         | 95,0          | 98,5         | 102,4        | 418,0          | 415,8          | 421,4          |
| Sbg.                            | 1,1           | 1,2         | 1,2         | 43,0          | 44,6         | 46,4         | 163,2          | 163,6          | 167,7          |
| Stmk.                           | 4,0           | 4,0         | 4,0         | 76,5          | 79,5         | 80,3         | 297,1          | 290,4          | 301,5          |
| Tirol                           | 1,0           | 1,0         | 1,0         | 55,6          | 57,3         | 58,8         | 192,1          | 191,1          | 197,0          |
| Vbg.                            | 0,3           | 0,3         | 0,3         | 24,7          | 25,3         | 26,3         | 108,7          | 108,6          | 111,3          |
| Wien                            | 0,2           | 0,2         | 0,2         | 102,8         | 103,5        | 104,0        | 633,1          | 628,9          | 649,9          |
| <b>Gesamt</b>                   | <b>26,6</b>   | <b>26,6</b> | <b>25,8</b> | <b>552,1</b>  | <b>567,8</b> | <b>583,5</b> | <b>2.357,1</b> | <b>2.340,0</b> | <b>2.399,5</b> |

-48,9 Millionen Euro (-14,8 Prozent). Trotz des umsichtigen Wirtschaftens der Gemeinden stieg die Zahl der Abgangsgemeinden, also jene Gemeinden, deren ordentliche Ausgaben nicht durch ordentliche Einnahmen gedeckt werden konnten. 2007 bis 2010 waren es 892, 1102, 1642 und 1131. Zu dieser Definition ist jedoch anzuführen, dass weder Sollstellungen oder Fortschreibungen noch die unterschiedliche Behandlungen von BZ-Mitteln zum Haushaltsausgleich berücksichtigt sind.

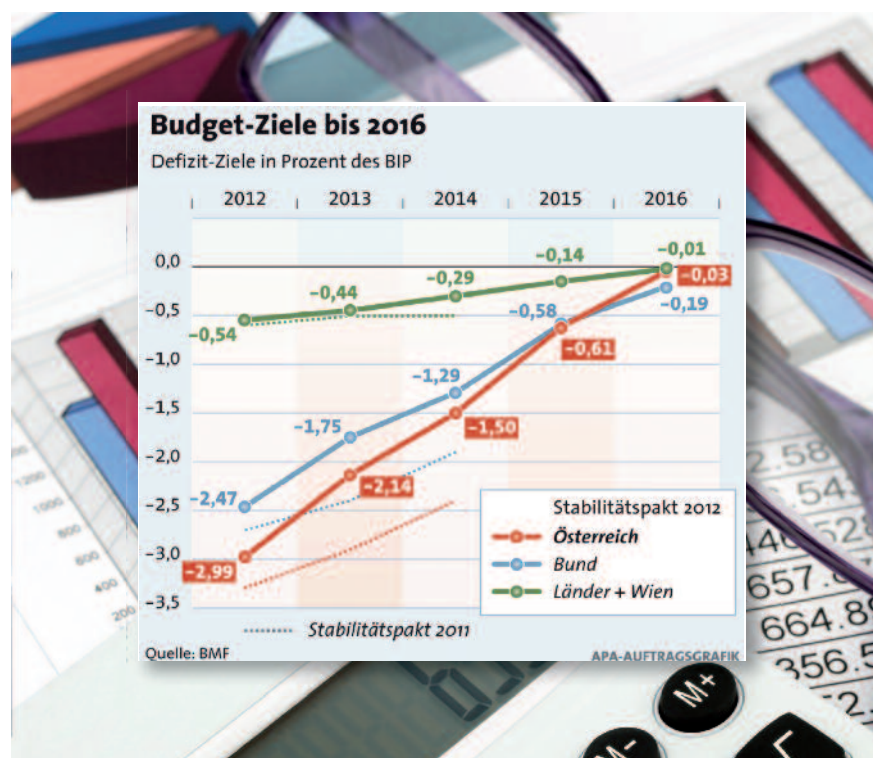
### Verschuldung der Gemeinden

Aufgrund ihrer vorsichtigen Haushaltsführung konnten die Gemeinden ohne Wien nach den Krisenjahren (Gesamtdefizit 2009 und 2010: Bund: 24,2 Milliarden Euro, Länder mit Wien 4,2 Milliarden Euro, Gemeinden ohne Wien 1,3 Milliarden Euro) im Gegensatz zu Bund und Ländern bereits 2011 wie ein deutlich positives Maastricht-Ergebnis erreichen.

Durch die überschaubare Neuverschuldung der Gemeinden in den Krisenjahren 2009 und 2010 ist der Schuldenstand (Finanzschulden) der Gemeinden ohne Wien mit insgesamt 2010 rund 11,7 Milliarden Euro in den letzten zehn Jahren um lediglich 17,6 Prozent angewachsen.

Im Vergleich dazu betrug dieser Zuwachs bei den Finanzschulden der Stadt Wien seit 2001 rund 47,3 Prozent. Bedingt durch geringere Investitionen, aber vor allem aufgrund des aktuell äußerst geringen Zinsniveaus (Gemeinden sind vorwiegend variabel verzinst) mussten die Gemeinden gegenüber 2010 mit rund 220 Millionen 2008 noch rund 230 Millionen Euro mehr an Zinsen pro Jahr leisten.

Obleich die Zinsen auch in den nächsten Monaten auf historisch niedrigem Niveau verbleiben werden und die Gemeinden weiterhin höchste Kreditwürdigkeit genießen, haben bereits mehrere im Kommunalbereich aktive Banken angekündigt, ihre Kreditkonditionen zu erhöhen und somit werden Darlehen wieder deutlich teurer werden. Als Gründe dafür wurden Veränderungen im wirtschaftlichen Umfeld und die voraussichtlich ab 2013 geltenden strengeren Eigenkapital- und Liquiditätsvorschriften (Basel III) angeführt.



Gemäß den Schätzungen des Finanzministeriums sollen die kassenmäßigen Ertragsanteile der Gemeinden bis 2016 um jährlich rund 4,5 Prozent wachsen.

Obleich die Banken in fast allen Fällen zu Konditionserhöhungen berechtigt sind, hat der Gemeindebund gemeinsam mit dem Städtebund bereits Gespräche mit Bankenvertretern geführt und versucht im Sinne der Planungssicherheit die Banken dazu zu bewegen, Erhöhungen rechtzeitig anzukündigen und generell nur zu Jahresbeginn vorzunehmen.

### Österreichischer Stabilitätspakt 2012

Beim künftig unbefristeten Österreichischen Stabilitätspakt 2012 handelt es sich um ein umfangreiches System aus Fiskalregeln:

- Schuldenbremse: Maastricht-Nulldefizit der Gemeinden bis 2016 und strukturelles (um Konjunktur- und Einmaleffekte bereinigtes Maastricht-Defizit) Nulldefizit ab 2017;
- Schuldenabbauregel: Abbau von jährlich einem Zehntel der 60 Prozent des BIP überschreitenden Staatsverschuldung
- Ausgabenbremse: das jährliche Ausgabenwachstum muss unter dem langfristigen jährlichen Wachstum des

BIP (die EU-Kommission wird dieses Potenzialwachstum mitteilen) liegen).

Darüber hinaus umfasst der Österreichische Stabilitätspakt 2012, der nach (derzeit noch nicht) erfolgter Ratifizierung der die Länderparlamente rückwirkend zum 1. Jänner 2012 in Kraft treten wird, über eine Reihe von Koordinations- und Meldepflichten (etwa Haftungen oder Personaldaten).

Die Gemeinden werden – wie seit 2001 (mit Ausnahme der Krisenjahre 2009 und 2010) gut geübte Praxis – auch weiterhin nach ausgeglichenen Haushalten trachten.

Aktuell geht es darum, dieses umfangreiche Regelwerk verwaltungsökonomisch vollziehbar zu machen. Aus diesem Grund hat der Gemeindebund noch im Sommer den Bund und die Statistik Österreich aufgefordert, dringend die nötigen rechtlichen Änderungen (etwa der VRV oder der Gebarungstatistik-VO) vorzunehmen, damit sich die Gemeinden und ebenfalls die EDV-Dienstleister mit ihren Programmen rechtzeitig auf die kommenden Datenerhebungen und -übermittlungen einstellen können.



# Kunststoff-Eisstockbahn für den Adventmarkt

*Die Gemeinde Grafenschlag war Sieger beim heurigen HYPO NOE-Gewinnspiel*

Eine Kunststoff-Eisstockbahn für einen Monat. Darauf können sich die Bürger der Waldviertler Gemeinde Grafenschlag im Dezember freuen. Die Bahn aus „Greenice“ war der Hauptgewinn des heurigen von der HYPO NOE Gruppe und Österreichischem Kommunalverlag veranstalteten Gewinnspiels.

Gemeindesekretärin Regina Hochstöger, die als Vertreterin der Gemeinde Grafenschlag zur Verlosung nach St. Pölten gekommen war, bewies beim Testen der Bahn, dass sie bereits Eisstock-Erfahrung hat und schoss gleich einen „Zehner“.

## Ideal zur Belebung des Ortes

HYPO NOE-Generaldirektor Peter Harold erklärte, warum die Bank jedes

Jahr das Gewinnspiel für Gemeinden unterstützt: „Die HYPO NOE Gruppe will damit die Werte ‚Sicherheit‘ und ‚Tradition‘ vermitteln. Mit den ‚Vorsicht Kinder‘-Tafeln für unsere Kleinsten und mit der innovativen Eisstockbahn für die Belebung der Adventzeit.“ Landeshauptmann-Stellvertreter Wolfgang Sobotka betonte, dass es gerade in der kalten Jahreszeit wichtig ist, Akzente zu setzen. „So eine Eisstockbahn kann man auf jeden Hauptplatz aufbauen und damit einen Beitrag zur Belebung des Ortes setzen.“

Greenice hat etwa 95 Prozent der Gleitfähigkeit von frisch polierten Eis. Ein ungeübter Eisläufer benötigt ca. 100 Meter Fahrstrecke um sich an Greenice zu gewöhnen. Es sind alle Fahrmanöver

möglich, die auch auf normalen Eis möglich sind“, erläuterte Michael Zimmer, Geschäftsführer des Kommunalverlags, die Vorteile der Kunststoff-Eisfläche. Dabei wird Greenice so einfach wie ein Parkettboden verlegt und braucht weder Strom noch Wasser im Betrieb. Damit fallen mehr als 90 Prozent der Betriebskosten eines herkömmlichen Kunsteisplatzes weg.

## „Vorsicht Kinder“-Tafeln für alle vertretenen Gemeinden

Auch alle anderen Gemeinden, die bei der Verlosung am Weltspartag vertreten waren, konnten sich über attraktive Preise freuen. Sie konnten jeweils eine „Vorsicht Kinder“-Tafel mit nach Hause nehmen.



Kommunalverlag-Geschäftsführer Michael Zimmer, Landeshauptmann-Stellvertreter Wolfgang Sobotka, Gemeindesekretärin Regina Hochstöger aus Grafenschlag und HYPO NOE-Generaldirektor Peter Harold.



Alle bei der Verlosung vertretenen Gemeinden erhielten eine „Vorsicht Kinder“-Tafel. Im Bild: Michael Zimmer, Peter Harold, LH-Stv. Wolfgang Sobotka und der Mödlinger Sportstadtrat Robert Mayer.

## Informationen

Greenice-Kunststoffeisbahnen sind beim Österreichischen Kommunalverlag erhältlich.

Tel.: 01/532 23 88-40

[www.kommunalbedarf.at](http://www.kommunalbedarf.at)



# Familienfreundlichkeit ist nicht nur eine Geldsache

*Zertifikatsverleihung des Audits „familienfreundlichegemeinde“*

**M**ehr Familienfreundlichkeit in der Gemeinde erhöht nicht nur die Lebensqualität, sondern steigert auch die Attraktivität als Wirtschafts- und Tourismusstandort“, sagte Wirtschafts- und Familienminister Reinhold Mitterlehner anlässlich der heurigen Zertifikatsverleihung des Audits „familienfreundlichegemeinde“ in Salzburg.

Gemeinsam mit Gemeindebund-Präsident Helmut Mödlhammer zeichnete Mitterlehner 79 Gemeinden mit dem staatlichen Gütesiegel „familienfreundlichegemeinde“ aus.

„Das Audit ‚familienfreundlichegemeinde‘ ist eine Erfolgsgeschichte, weil es zeigt, dass es nicht nur eine Geldfrage ist, eine Gemeinde familienfreundlich zu gestalten. Die Gemeinden lernen

auch, die Bevölkerung eng einzubinden und auf Bedürfnisse einzugehen. Das ist nicht nur für die Gemeinden, sondern auch für die Menschen ein wichtiger Schritt. Die Zahl der teilnehmenden Gemeinden steigt mit jedem Jahr an, die umgesetzten Ergebnisse sind in ihrer Vielfalt und Konsequenz sehr beeindruckend“, so Mödlhammer.

## Derzeit sind 26 NÖ Gemeinden dabei

Im Rahmen des vom Familienministerium unterstützten Audit-Prozesses nehmen Gemeinden an einem mehrstufigen Prozess teil, der bei entsprechenden Maßnahmen zur Zertifizierung als besonders familienfreundlich führt.

Von den nun ausgezeichneten 79 Gemeinden liegen 26 in Niederösterreich, 24 in Oberösterreich, 11 in der Steiermark, 6 in Tirol, 5 in Salzburg, jeweils 3 in Kärnten und im Burgenland und eine Gemeinde in Vorarlberg. Insgesamt sind nun bereits über 10 Prozent aller österreichischen Gemeinden im Audit.

## Kinderbetreuung und generationenübergreifende Projekte

Die aktuellen Maßnahmen der Gemeinden konzentrieren sich auf die Bereiche Jungfamilien, Pflege, Integration und soziale Netzwerke.

Dazu gehören neben dem Ausbau von bedarfsgerechten Kinderbetreuungseinrichtungen und speziellen Ferienbetreuungsangeboten auch generationenübergreifende Maßnahmen wie die Schaffung eines Freizeitplatzes für alle Altersgruppen, der sowohl einen Spielplatz für die Jüngeren als auch Geschicklichkeits- und Bewegungsstationen für die Älteren im Sinne der Prävention bietet. Weitere Maßnahmen sind die Schaffung eines Leih-Oma/Opa-Netzwerks, Workshops für pflegende Angehörige sowie die Schaffung barrierefreier Lebensräume.

Großes Potential sieht Mitterlehner in einer stärkeren Zusammenarbeit zwischen Gemeinden und Unternehmen. „Die bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf schafft eine Win-Win-Situation für alle Beteiligten“, so Mitterlehner.

## Informationen

Auflistungen aller ausgezeichneten Gemeinden stehen auf [www.familieundberuf.at](http://www.familieundberuf.at) und [www.bmwfj.gv.at](http://www.bmwfj.gv.at) zur Verfügung.



# Eine ganze Region ist familienfreundlich

*Grundzertifikat „familienfreundliche Region“ geht an das Triestingtal*

Im Rahmen der großen Gala des Audits „familienfreundliche Gemeinde“ wurde erstmals das neue Gütezeichen „familienfreundliche Region“ an zwölf Gemeinden des Triestingtals verliehen.

## Vorreiterprojekt in Europa

Die LEADER-Region Triestingtal gibt es bereits seit 2007. „Es zeigte sich bald, dass die Gemeinden etwas in Richtung Familienfreundlichkeit tun wollen“, sagt die Geschäftsführerin der LEADER-Region, Elisabeth Hainfellner. Bereits 2008 begann man in Kaumberg und Weissenbach mit dem Auditprozess. Diese beiden Gemeinden rissen die anderen mit. Eine nach der anderen unterzog sich dem oft aufwändigen Zertifizierungsprozess.

Das Ergebnis: Das Triestingtal ist nun die erste familienfreundliche Region – nicht nur Österreichs sondern sogar Europas!“, freut sich der Obmann der LEADER-Region, Bürgermeister Franz Seewald aus Furth an der Triesting.

*„Nachdem alle zwölf Gemeinden der Region den Auditprozess begonnen haben, war es für uns ein logischer nächster Schritt uns auch als Region zertifizieren zu lassen.“*

*Bgm. Franz Seewald, Furth/Triesting*

## Manche Dinge kann man nur gemeinsam angehen

„Nachdem alle zwölf Gemeinden der Region den Auditprozess begonnen haben, war es für uns ein logischer nächster Schritt uns auch als Region zertifizieren zu lassen“, erläutert



Gemeindebund-Chef Mödlhammer, Bgm. Michael Singraber (Kaumberg), Projektleiterin Doris Palz, Koordinatorin Stephanie Pirkfellner, Wirtschaftsminister Mitterlehner, Bgm. Franz Seewald (Furth an der Triesting) und Elisabeth Hainfellner von der LEADER-Region Triestingtal.

Seewald. Manche Dinge könne man eben nur gemeinsam angehen. Als Beispiele nennt er die Ferienbetreuung von Schulkindern oder die mobile Jugendarbeit.

Mit dem Grundzertifikat des Audits wurde ein Überbau geschaffen, der jetzt mit Leben erfüllt werden soll. Viele Projekte sind in Planung oder angeordnet: etwa ein Eltern-Kind-Zentrum in Hirtenberg oder Themen-Wanderwege wie zum Beispiel zum Thema „Besteck“, das ja in Berndorf eine lange Tradition hat.

## Vieles war schon vorhanden

Der Kaumberger Bürgermeister Michael Singraber ist immer noch von dem Projekt begeistert. „Ich kann es nur jeder Gemeinde empfehlen, mitzumachen“, sagt er. Im Verlauf des Prozesses sei vielen Gemeindeverantwortlichen und Bürgern erst klar geworden, wie viel an familienfreundlicher Infrastruktur schon vorhanden war. Singraber lobt

auch die professionelle Projektbegleitung durch die Familie und Beruf Management GmbH des Familienministeriums: „Da wird vom Geburt bis zum Tod jede Lebensphase beleuchtet und geprüft, was man in Richtung Familienfreundlichkeit verbessern kann.“

## Nachahmer gesucht

Die Initiative der Triestingtaler Kommunen wird allseits gelobt und findet auch schon Nachahmer, etwa in Oberösterreich. „Ich hoffe, dass möglichst viele diesem positiven Beispiel folgen werden. Gemeinden, die über ihre Grenzen hinaus an einem Strang ziehen, können strukturelle und demographische Unterschiede besser ausgleichen“, zeigt sich Minister Mitterlehner überzeugt.

**Informationen**  
[www.triestingtal.at](http://www.triestingtal.at)

# NÖ schafft 3.730 weitere Park-and-Ride-Plätze

*LH Pröll: Parkraumbewirtschaftung bringt Chancen für den Standort NÖ*

Das Land Niederösterreich wird in den kommenden drei Jahren 3.730 zusätzliche Park-and-Ride-Stellplätze für die niederösterreichischen Pendlerinnen und Pendler schaffen. Dafür werden rund 25 Millionen Euro investiert, wie Landeshauptmann Erwin Pröll und Landesrat Karl Wilfing gemeinsam beschlossen.

## Große Chance für den Standort NÖ

Mit diesem Maßnahmenpaket agiere man auf die neue Situation auf Grund der geänderten Parkraumbewirtschaftung in Wien, sagte Landeshauptmann Pröll in seiner Stellungnahme. So seien derzeit rund 250.000 Pendler und Schüler zwischen Wien und Niederösterreich unterwegs. Dazu gäbe es in den letzten Wochen auch verstärkt Anfragen von Wiener Unternehmen, weil die neue Parkraumbewirtschaftung in Wien für sie eine Belastung bedeute. „Für uns ist spürbar: Durch diese Art der Parkraumbewirtschaftung leidet der Standort Wien, und es ergibt sich eine große Chance für den Wirtschaftsstandort Niederösterreich.“ Das Maßnahmenpaket der beiden Landespolitiker teilt sich in ein kurzfristiges Paket, im Zuge dessen noch heuer 1.730 zusätzliche Stellplätze entstehen sollen, sowie in ein Ausbaupaket bis zum Jahr 2015, wodurch weitere 2.000 Stellplätze geschaffen werden. So werden etwa zusätzliche Stellplätze in Purkersdorf, Unterpurkersdorf, Tullnerbach-Pressbaum, Rekawinkel, Deutsch-Wagram, Gänserndorf, Gerasdorf, St. Andrä-Wördern, Korneuburg, Mödling, Ebreichsdorf, Gumpoldskirchen und Baden geschaffen, dazu kommen 600 Stellplätze beim Bahnhof Tullnerfeld und 300 in Straßhof. „Diese



Gemeinsam präsentierten Landeshauptmann Erwin Pröll und Verkehrslandesrat Karl Wilfing Lösungen für die NÖ Pendler auf Grund der rot-grünen Wiener Parkpickerlproblematik.

Stellflächen können noch heuer benutzt werden“, so Pröll.

## Anzahl der Stellplätze ist beispielgebend

Dazu kommt das Ausbauprogramm bis 2015. Dieses umfasst etwa den weiteren Ausbau beim Bahnhof Tullnerfeld um weitere 150 Plätze, die Vorbereitungen für die Errichtung von weiteren 500 schnell errichtbaren Stellplätzen (Standorte noch offen) sowie den Ausbau der Park- und Ride-Anlagen in St. Pölten, Mödling, Bad Vöslau, Baden, Felixdorf, Korneuburg, Deutsch-Wagram und Untersiebenbrunn um insgesamt 1.350 Plätze. Derzeit verfügt das Land Niederösterreich über insgesamt 33.000 Pkw-Stell-

plätze sowie 22.000 Plätze für Zweiradfahrzeuge. „Damit ist die Anzahl der Stellplätze in Niederösterreich größer als in allen anderen acht Bundesländern zusammen“, betonte Landeshauptmann Pröll.

Niederösterreich habe in den vergangenen Jahren einen großen Schwerpunkt auf den öffentlichen Verkehr gesetzt, sagte Landesrat Wilfing. Er verwies auch auf den Abschluss des Verkehrsdienstvertrages, der den Personennahverkehr in Niederösterreich bis zum 31. Dezember 2019 regle. Wilfing: „Allein in den letzten zehn Jahren sind die Budgetmittel für den öffentlichen Verkehr in Niederösterreich verdoppelt worden.“



# Über 300 Projekte umgesetzt

## Erfolgreiche Bilanz seit Beginn der Regionalförderung vor 25 Jahren

Vor 25 Jahren wurde das Regionalisierungsprogramm des Landes Niederösterreich gestartet – ecoplus, die Wirtschaftsagentur des Landes Niederösterreich wickelt das Programm seither erfolgreich ab.

„Die positive touristische und wirtschaftliche Entwicklung des Weinviertels ist auch auf die die über 300 Projekte zurückzuführen, die in den letzten 25 Jahren mit Hilfe der ecoplus Regionalförderung umgesetzt wurden. Damit wurde ein Investitionsvolumen von etwa 475 Millionen Euro ausgelöst – über 3.100 Arbeitsplätze wurden geschaffen und gesichert“, zieht Wirtschafts- und Tourismuslandesrätin Petra Bohuslav eine positive Bilanz.

Als touristische Highlights gelten dabei die Therme Laa, Schloss Hof, die Windmühle Retz oder das Jugendgästehaus

Seefeld. Im Bereich der Betriebsgebietsentwicklung wurden beispielsweise der Wirtschaftspark Poysdorf, die Betriebsgebiete Korneuburg, Wagram-Land oder Mistelbach-Wilfersdorf realisiert.

Aufgrund des großen Erfolges entschloss sich die Landesregierung, die Regionalförderung auch nach 2013 fortzusetzen. „Bis 2020 steht damit die ecoplus-Regionalförderung den Projektträgern weiterhin mit Rat und Tat zur Seite. Gleichzeitig wurde eine Neuausrichtung beschlossen. Der weitere Ausbau des Technologiestandorts ist darin ebenso festgeschrieben wie das Forcieren von (interkommunalen) Betriebsgebieten und die weitere Unterstützung von (kultur-)touristischen Projekten“, so ecoplus-Geschäftsführer Helmut Miernicki.



ecoplus-Geschäftsführer Helmut Miernicki, Wirtschaftslandesrätin Petra Bohuslav, Industriellenvereinigung-Chefökonom Christian Helmenstein und ecoplus-Bereichsleiter Werner Bauer

## Neue Schule für Winzer

### Baubeginn für das Weinkompetenzzentrum in Krems

Auf dem 13.000 m<sup>2</sup> großen Areal der Landwirtschaftlichen Fachschule Krems errichtet das Land Niederösterreich, mit finanzieller Unterstützung der Erste Group Immorent, ein neues Weinkompetenzzentrum.

Mit dem Bau der Ausbildungsstätte für zukünftige Winzer wurde im September dieses Jahres begonnen. Architektonisch überzeugt das klare und übersichtliche Raumkonzept: Im Erdgeschoß werden die Funktionsflächen des Kellereibetriebes, der Vinifizierung, eine Vinothek sowie Verkaufs- und Büroräume angesiedelt. Das Obergeschoß ist der Landwirtschaftlichen Fachschule Krems und dem Bundesamt für Weinbau vorbehalten. Der obere Baukörper ist prismatisch angelegt und verfügt über einen separaten Wirtschaftseingang sowie

überdachte Terrassen. Für ausreichend Stellplätze rund um das Gebäude ist ebenfalls gesorgt. Ende 2013 wird das Objekt fertiggestellt. Die Investitionssumme beläuft sich auf über sechs Millionen Euro.

Dieses Projekt ist eines von vielen, die die Erste Group Immorent und das Land Niederösterreich in ihrer langjährigen Geschäftsbeziehung gemeinsam umgesetzt haben. Die Erfahrung des Anbieters von Immobilien- und Infrastrukturfinanzierungen basiert auf über 1.000 kommunalen Projekten. „Unsere starke Marktposition spiegelt das Vertrauen unserer Kunden wider und verpflichtet uns, diesem bei jedem Projekt neu gerecht zu werden“, erklärt Mag. Brigitte Bruckmüller, Geschäftsführerin Erste Group Immorent Österreich.



Der Entwurf für das Weinkompetenzzentrum in Krems.

#### Information

Erste Group Immorent  
Mag. Brigitte Brückmüller  
Tel: 05 0100 – 27261  
E-Mail: [brigitte.brueckmueller@immorent.com](mailto:brigitte.brueckmueller@immorent.com)  
[www.erstegroupimmorent.at](http://www.erstegroupimmorent.at)

# „Bei großen Einsätzen brauchen wir das Heer“

*Johann Hofbauer, Präsident des NÖ Zivilschutzverbandes, im Interview*

**Am 20. Jänner wird über die Beibehaltung bzw. die Abschaffung der Wehrpflicht abgestimmt. Inwieweit betrifft diese Volksbefragung den NÖ Zivilschutzverband?**

*Hofbauer:* Der NÖ Zivilschutzverband schult und betreut die Bevölkerung seit 50 Jahren bestmöglich in Sachen Sicherheit, Eigenschutz und Selbstverantwortung. Wir haben darüber hinaus auch mit allen Gemeinden Katastrophenschutzpläne erarbeitet, um die Bürgermeister in Katastrophensituationen zu unterstützen. Um diesen Plan umsetzen zu können, bedarf es vieler Helfer. Bei kleinen Ereignissen können die Freiwilligen sehr gut helfen. Bei großen Einsätzen brauchen wir das Bundesheer. Was steht also auf dem Spiel? Wenn uns eine dieser Säulen wegbreicht, wird das ganze System in Frage gestellt.

Unsere Aufgabe ist es, die Bevölkerung über alle Belange der Sicherheit zu informieren. Daher ist es wichtig, Informationen rund um die Entscheidung: Wehrpflicht ja/nein zu transportieren.

**Was ist die Hauptfunktion des ZSV bei Katastropheneinsätzen?**

Der Zivilschutzverband unterstützt den Krisenstab bei Katastropheneinsätzen. Zumeist erfolgt dies im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit.

Die Hauptfunktion des Zivilschutzverbandes liegt in der Prävention. Wir erarbeiten gemeinsam mit den Einsatzorganisationen und den Kommu-

## Informationen

NÖ Zivilschutzverband  
[www.noezsv.at](http://www.noezsv.at)



Johann Hofbauer (hier bei einer Veranstaltung des Zivilschutzverbandes): „Wir haben in Niederösterreich derzeit ein optimales Katastrophenschutzmanagement. Wir wollen dieses System auch in Zukunft haben.“

nen die Katastrophenschutzpläne, sind also im Katastrophenschutzmanagement im Vorfeld tätig.

**Was ist Ihr Appell an die Bevölkerung im Hinblick auf die Abstimmung am 20. Jänner?**

Die Befragung am 20. Jänner ist eine wichtige Entscheidung. Wir haben in Niederösterreich derzeit ein optimales Katastrophenschutzmanagement. Wir wollen dieses System auch in Zukunft haben.

Eines ist auch klar: Die Folgen einer Abschaffung der Wehrpflicht sind meiner Meinung nach völlig offen. Wer garantiert denn, woher die vielen Helfer kommen sollen, wenn es keine Wehrpflicht mehr gibt? Außerdem fällt ja mit der Abschaffung der Wehrpflicht auch der Zivildienst weg – und damit wird unser hervorragendes Freiwilligenwesen völlig in Frage gestellt.

Wir wissen, dass in jeder Rettungsdienststelle ein Drittel durch Freiwilli-

genarbeit erledigt wird. Wer soll denn diese Arbeit künftig machen, wenn es den Zivildienst und damit die Freiwilligen nicht mehr gibt? Daher ist unser Anliegen, dass wir an diesem hervorragenden System des Katastrophenschutzes und des Katastrophenschutzmanagements in Niederösterreich festhalten. Weil wir es brauchen, für die Sicherheit der Menschen in unserem Land.

*Das Interview führte Sotiria Taucher*

## Der Zivilschutzverband NÖ

Der Zivilschutzverband NÖ wurde 1961 als Verein gegründet. Präsident ist Labg. Johann Hofbauer. Der Verein besteht aus:

- 10 hauptamtlichen Kräften
- 30 ehrenamtlichen Vortragenden
- rund 1.000 bestellten Mitarbeitern in den Bezirks- und Ortsleitungen



# Rotes Kreuz NÖ: Leben retten, Perspektiven ändern

*Gemeinsam Zukunft gestalten – Strategie 2020.*

Strategische Arbeit spielt nicht nur bei gewinnorientierten Unternehmen eine bedeutende Rolle, auch andere Organisationen beschäftigen sich mit der Identifizierung, Erhaltung und Weiterentwicklung von Erfolgspotenzialen, spricht mit Strategie. Die Gründe hierfür liegen in den sich schnell ändernden Umweltverhältnissen, der zunehmenden Konkurrenzsituation, dem zunehmenden Professionalisierungsdruck, dem gesteigerten Anspruchsniveau an Kundenorientierung und den Änderungen in den Finanzierungsquellen. Begriffe wie „Wirtschaftlichkeit“, „Effizienz“, „Kostendenken“ und auch „Strategie“ haben somit in die nicht erwerbswirtschaftlichen Organisationen Einzug genommen. Das Rote Kreuz NÖ hat sich nun intensiv mit der Strategie 2020 des Österreichischen Roten Kreuzes – und damit auch der Internationalen Föderation der Rotkreuz- und Rothalbmondgesellschaften – und deren Adaptierung beschäftigt. „Das Ergebnis dieser Arbeit – die Strategie des Roten Kreuzes Niederösterreich – ist unsere Leitlinie zur Gestaltung einer gemeinsamen Zukunft“, meint Landesgeschäftsführer Peter Kaiser. „Der Zukunft des Roten Kreuzes in Niederösterreich.“

„Mit diesem Handlungsrahmen wollen wir unsere Zukunft als Rotes Kreuz gemeinsam gestalten. Dazu ist jeder Einzelne aufgerufen – denn jede Mitarbeiterin und jeder Mitarbeiter, Freiwillige, Hauptberufliche und Zivildienstleistende – gestaltet einen wesentlichen Teil dieser Zukunft mit. Gemäß unserem Auftrag und unseren Grundsätzen: Wir sind da, um zu helfen. Aus Liebe zum Menschen“, erklärt Willi Sauer, Präsident des Roten Kreuzes NÖ. Die wesentliche Botschaft der Strategie

2020 liegt in ihrem Slogan „Leben retten – Perspektiven ändern“. Daraus wurden die drei strategischen Ziele der internationalen Rotkreuz- und Rothalbmondbewegung abgeleitet und mit den wichtigsten fördernden Maßnahmen untermauert.

## Strategie 2020

Leben retten – Perspektiven ändern.

## Strategische Ziele

- Leben retten, Existenzgrundlagen sichern und die Fähigkeit zur Erholung von Katastrophen und Krisen stärken.
- Ein gesundes und sicheres Leben ermöglichen.
- Soziale Integration und eine Kultur von Gewaltlosigkeit und Frieden fördern.

## Fördernde Maßnahmen

- Starke nationale Rotkreuz- und Rothalbmondgesellschaften aufbauen.
- In wirksamer Weise als Internationale Föderation funktionieren.
- Humanitäre Diplomatie verfolgen um Verletzlichkeit in globalisierter Welt zu verhindern und zu reduzieren.

Während es also einerseits gilt, Bestehendes kontinuierlich weiterzuentwickeln und gemäß den Umweltveränderungen zu adaptieren, muss auch die Frage gestellt werden, ob die operativen Leistungen noch zeitgemäß sind und auch künftig angeboten werden sollen. Strategie muss gleichzeitig Bestehendes in Frage stellen, Innovationen fördern und schöpferische Zerstörung simulieren. Die Strategiearbeit muss folglich dazu beitragen, das Unbekannte zu managen und den Wandel aktiv zu gestalten und wertschöpfend zu nutzen.



Foto: Marko Kokic/ICRC

„Zivilisation bedeutet, sich gegenseitig zu helfen – von Mensch zu Mensch, von Nation zu Nation.“

Henry Dunant, geboren als Jean-Henri Dunant

Strategiearbeit muss zudem eine Brücke zwischen heutiger Situation und angestrebter Zukunft schlagen und es gilt, die Organisationsaktivitäten mit der angestrebten Wettbewerbssituation zu synchronisieren. Im Hinblick auf die soziale Dimension heißt das, einerseits Ideen und Wissen der Mitarbeiter möglichst einzubeziehen, andererseits ist die Verankerung des Prozesses bei den höchsten Entscheidungsträgern essentiell. Dies gilt insbesondere im Hinblick auf gesteigerte Veränderungs- und Innovationsfähigkeit bzw. Legitimität und Letztverantwortung. Ausgehend von den durchgeführten Analysen und den vorgegebenen übergeordneten strategischen Zielen wurden die Ziele des Landesverbandes Niederösterreich und in der Folge die fördernden Maßnahmen klar definiert. Nun heißt es, diese auch zu leben: Aus Liebe zum Menschen.



KO-Stv. Josef Sempel (Salzburg), Klubobmann Thomas Stelzer (OÖ), Klubobmann Fritz Aichinger (Wien), Klubobmann Klaus Schneeberger (NÖ), Schriftsteller Robert Menasse, Landeshauptmann Erwin Pröll, Klubobmann Ferdinand Hueber (Kärnten), Klubobmann Roland Frühstück (Vorarlberg), Klubobmann Rudolf Strommer (Burgenland), Klubobmann Josef Geisler (Tirol) und Klubobmann Christopher Drexler (Steiermark)

# „Zeichen der Stärke der ÖVP-Landtagsklubs“

*Erstmals fand eine Konferenz der ÖVP-Landtagsabgeordneten aus allen Bundesländern im St. Pöltner Landhaus statt*

Die erste gemeinsame Konferenz aller ÖVP-Landtagsabgeordneten hat das Ziel, sich Anregungen für die Arbeit im eigenen Landtag zu holen. Außerdem bekommen wir eine Reflexion über die positive Entwicklung der Regionen durch den Publizisten Dr. Robert Menasse. Zu guter Letzt soll die Konferenz auch zu einer Erweiterung der Sichtweise durch Austausch mit Kolleginnen und Kollegen anderer Klubs und einem besseren Kennenlernen beitragen“, erklärte der niederösterreichische Klubobmann LAbg. Mag. Klaus Schneeberger anlässlich der ersten österreichischen Konferenz der ÖVP-Landtagsabgeordneten. Insgesamt fanden 130 Landtagsabgeordnete und Bundesräte den Weg in den Sitzungssaal des NÖ Landtags um gemeinsam über im Vorfeld erarbeitete Positionspapiere zu wichtigen Themen wie Soziales, Bildung, Gesundheit, Finanzen oder Demokratiepoltik zu diskutieren. Ein wichtiges Zeichen für Klubobmann Schneeberger: „Die Anzahl der Teilnehmerinnen und Teilnehmer ist ein schönes Zeichen der Stärke der ÖVP-Landtagsklubs. Es zeigt, dass wir – trotz unterschiedlicher länderspezifischer

Voraussetzungen – an einem Strang ziehen.“ Schneeberger betonte wieder einmal die Bedeutung der Arbeit der Landtagsabgeordneten: „Sie sind die Botschafter der Regionen. Denn dadurch, dass sie täglich in ihrem Bezirk unterwegs sind, bekommen sie die Wünsche und Sorgen der Bürgerinnen und Bürger ungefiltert zu spüren. Umso wichtiger ist es daher, dass es starkes Landesparlamente gibt, die sich diesen Anliegen annehmen.“

## „Europa der Regionen“ als Lösung

Auch der österreichische Publizist Dr. Robert Menasse unterstrich in seinem Impulsreferat die Rolle der Landtag im Zusammenhang mit den aktuellen europäischen Herausforderungen. Für ihn sind starke Regionen – und damit starke Landtage – eine mögliche Lösung der europäischen Krise. Denn die ursprüngliche Idee des europäischen Projekts war das nachnationale Europa, ein gewichtiger Grund für die derzeitige Krise ist aber die Verteidigung nationaler Interessen. Daher kann laut Menasse nur das Europa der Regionen das Mittelsein um die Herausforderungen zu meistern. „Europa kann groß sein, wenn es als

Verband der kleinen Einheiten funktioniert“, stellte der Publizist klar. „Hier spielen aber nicht nur die Länder, sondern auch die Gemeinde eine wichtige Rolle. Dank der funktionierenden und gelebten Partnerschaft zwischen Land und Gemeinden ist Niederösterreich hier Vorreiter“, stellte Klubobmann Schneeberger fest.

## Ansprechpersonen für die Jugend

In der vergangenen Landtagssitzung beschloss der NÖ Landtag die Einführung von Jugendgemeinderäten. „Hier kommen wir einem langjährigen Wunsch der niederösterreichischen Jungen ÖVP nach. Für die Jugendlichen hat es den Vorteil, dass sie sich mit all ihren Wünschen und Ideen an eine bestimmte Person wenden können. Damit machen wir auch einen wichtigen Schritt zur verstärkten Einbindung der Jugend in den politischen Alltag“, so Schneeberger. Auch für Bildung soll es einen eigenen Ansprechpartner unter den Gemeinderätinnen und Gemeinderäten geben.

Foto: VPNO

entgeltliche Einschaltung des ÖVP Landtagsklubs



# Ein explosives Urteil

*Wer eine Bombe findet, muss die Kosten für die Bergung bezahlen*

von Martin Huber

Wer auf seinem Grund ein explosives Kriegsrelikt findet, muss die Kosten für die Bergung und Entschärfung bezahlen. Dies hat nun auch der Oberste Gerichtshof festgestellt. Die Hoffnung war trügerisch: während die Stadtgemeinde Salzburg in der ersten Instanz in der Frage der Kostentragung für die Suche nach Fliegerbombenblindgängern Recht bekam, hat mit der Entscheidung vom 17.10.2012 der Oberste Gerichtshof aktuell das Klagebegehren abgewiesen.

Nahezu exakt 68 Jahre zuvor, am 16. Oktober 1944 fielen die ersten Bomben amerikanischer Luftwaffenverbände auf die Stadt Salzburg. Bis zum 1. Mai 1945 folgten 15 weitere Luftangriffe. Das, was an Blindgängern in der Stadt Salzburg und in zahlreichen anderen Gemeinden im Boden verborgen liegt, kann heute bestenfalls abgeschätzt werden. Besonders gefährlich sind in diesem Zusammenhang jene Sprengkörper, die mit Langzeitzündern ausgestattet sind, da eine Detonation sowohl auf Grund von Erschütterungen, als auch durch die altersbedingte Brüchigkeit des Kunststoffzünders möglich ist. In der Stadt Salzburg wurden auf Grund der „Salzburger Bombenkarte“ und Luftbildauswertungen im Stadtgebiet 122 Bombenverdachtspunkte ausgemacht, davon 29 auf Grundstücken, die im Eigentum der Stadt selbst liegen. Die Gemeinde veranlasste die Untersuchung von 28 Verdachtspunkten und wurde in drei Fällen fündig, die Bomben konnten gefunden und entschärft werden.

Zusätzlichen „Sprengstoff“ bekam dann die Frage, wer die Kosten für die Suche und Bergung zu tragen habe. Der Argumentation der Stadt, wonach dies Aufgabe des Bundes sei, folgte zunächst das Erstgericht und sprach aus, dass die Forderung dem Grunde nach zu Recht



Eine Fliegerbombe, die am Salzburger Hauptbahnhof gefunden wurde.

bestehe: ab dem Zeitpunkt, an dem konkrete Anhaltspunkte auf Grund der Luftbildaufnahmen vorliegen, wäre eine Gefahr im Sinne des Art 10 Abs. 1 Zif. 7 B-VG („Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit“) in Verbindung mit § 19 Abs. 2 Sicherheitspolizeigesetz (SPG) gegeben und damit die Verpflichtung des Bundes zur Gefahrenabwehr. Der Bund berief, bekam vor dem Berufungsgericht und nunmehr – nach einer „Zwischenrunde“ vor dem Verfassungsgerichtshof – auch vor dem OGH im wesentlichen mit der Begründung Recht, dass weder aus dem B-VG, noch aus dem SPG und dem Waffengesetz ein konkreter Klagsanspruch gegenüber der Republik ableitbar sei.

## Bundesgesetzgeber gefordert

In einer ersten Stellungnahme forderte Salzburger Bürgermeister Heinz Schaden den Bundesgesetzgeber auf, diese unbefriedigende Situation zu ändern. Seine Verärgerung besteht zu Recht, da es kaum vorstellbar ist, dass in einem Rechtsstaat, in dem sehr vieles

– beginnend von der Aufstellungshöhe einer Verkehrstafel bis hin zum Inhalt des Inserates eines Ministeriums – gesetzlich geregelt ist, eine derart wichtige Kompetenzfrage offenkundig völlig ungelöst ist. Noch dazu, da die Leidtragenden nicht nur Städte und Gemeinden, sondern auch viele Grundeigentümer sind, für welche die Kosten einer Blindgängersuche und -bergung schlicht finanziell untragbar sind. Der erste Versuch, vor knapp fünf Jahren durch eine Änderung des Waffengesetzes 1996 sowie die Beschlussfassung eines „Bundesgesetzes über die finanzielle Unterstützung von Personen, die durch Fliegerbombenblindgänger betroffen sind“ scheiterte letztlich daran, dass der Bund eine Limitierung seines Kostenbeitrages mit 35.000 Euro für die „gezielte Freilegung“ eines Fliegerbombenblindgängers begrenzt hat. Ein verschwindend geringer Beitrag im Hinblick auf die tatsächlich mit der Suche, Bergung und Entschärfung anfallenden Kosten, der Gesetzesentwurf war für Länder und Gemeinden unannehmbar. Auch wenn es um viel Geld geht, wäre es geradezu beschämend, wenn der Bund das bestehende Vakuum in Zusammenhang mit der „Fliegerbombenproblematik“ zu Lasten der Städte und Gemeinden (und damit ihrer Bevölkerung) weiter aufrechterhalten und sich damit aus der rechtlichen und finanziellen Verantwortung verabschieden würde.



Dr. Martin Huber

ist Landesgeschäftsführer des Salzburger Gemeindeverbandes



Bei der Enquete ging es unter anderem um die Auswirkungen der demografischen Entwicklung, die Schaffung von Arbeitsplätzen, die Abwanderung, die Verwendung von EU-Fördermitteln und mögliche Gegenkonzepte zur Eindämmung der Landflucht.

# Vom Befund wegkommen und **Taten setzen**

*Enquete des Bundesrats befasste sich mit der Zukunft des ländlichen Raumes*

Welche Einrichtungen braucht der ländliche Raum? Was ist Grundaussstattung, was ist Kür? Politiker und Experten diskutierten in einer hochrangig besetzten Enquete des Bundesrates die Zukunft des ländlichen Raumes.

## **Trend zur Verstädterung wird stärker**

Wie Bundesratspräsident Georg Keuschnigg festhielt, müsse es grundlegendes Ziel sein, vergleichbare Lebensbedingungen für alle Österreicher sicherzustellen, unabhängig davon, wo sie wohnen und arbeiten. Die Verstädterung, so Keuschnigg, sei ein globales Phänomen, das auch in Österreich „an harten Zahlen ablesbar“ sei: In den nächsten 25 Jahren wird in ca. einem Drittel der 107 politischen Bezirke die Bevölkerungszahl im erwerbsfähigen Alter um 10 Prozent und mehr zurückgehen, während die großen Ballungs-

räume Wien, Linz und Graz entsprechend wachsen.

## **Junge Frauen als Schlüsselfaktor**

Die Vorarlberger Landtagspräsidentin Bernadette Mennel hob hervor, dass die Regionen nur dann erfolgreich ihre Vitalität erhalten können, wenn es ihnen gelingt, vor allem die jungen Frauen zu motivieren, in den ländlichen Regionen zu bleiben bzw. dort hinzuziehen. „Nur jene Gemeinden, die es schaffen, den Bedürfnissen der jungen Frauen hinsichtlich Kinderbetreuung, Schulangebot, Erwerbschancen sowie Vereinbarkeit von Beruf und Familie zu entsprechen, werden ihre

demographischen Probleme noch am besten lösen“, so Mennel.

## **Verständnis für Zusammenhänge nimmt ab**

Der Leiter des Market-Instituts, Werner Beutelmeyer, sieht ein großes Problem darin, dass das Verständnis für Zusammenhänge und Kreisläufe immer mehr verloren geht und der ländliche Raum z. B. nicht mehr als Produktionsraum gesehen wird. Diese führe dann zu Konflikten mit der Freizeitgesellschaft, die im Wald Rad fahren und wandern will, dabei aber vergisst, dass die ländlichen Flächen auch bewirtschaftet werden müssen.

Der derzeit festzustellende „ländliche Boom“ bzw. die „Renaissance der Natur“

*„Es muss grundlegendes Ziel sein, vergleichbare Lebensbedingungen für alle Österreicher sicherzustellen, unabhängig davon, wo sie wohnen und arbeiten.“  
Bundesratspräsident  
Georg Keuschnigg*



stellen aus Sicht des Meinungsforschers eine primär urbane Angelegenheit dar, die auf wenig Faktenwissen basiere. So seien z. B. viele Menschen der Meinung, dass der konventionell wirtschaftende Bauer belastend mit dem ländlichen Raum umgeht; nur der Biobauer habe ein tadelloses Image.

Beutelmeyer appellierte an die Politiker, die Gemeinden nicht auszuhungern, weil die Politik gerade auf lokaler Ebene nachweisen könnte, in welcher Form sie sich für die Menschen einsetzt und wie sie die Anliegen der Bürger ernst nimmt. „Man muss auch klarmachen, dass alle Konsumenten mit ihrem Verhalten und ihren Kaufentscheidungen die Verantwortung dafür tragen, wie es mit dem ländlichen Raum weitergeht.“

### Berlakovich: „Landwirtschaft ist das Rückgrat“

Für Umweltminister Nikolaus Berlakovich stellt die Landwirtschaft noch immer das Rückgrat des ländlichen Raumes dar, weshalb man auch deren Multifunktionalität sichern müsse. Dies umfasse nicht nur die Produktion ausreichender Lebensmittel in hoher Qualität, sondern auch die Bereitstellung von Dienst- und Umweltleistungen, die Landschaftspflege, die Sicherung der Infrastruktur und des gesamten gesellschaftlichen Lebens und nicht zuletzt die Vorsorge vor Naturkatastrophen.

Berlakovich wies darauf hin, dass in den nächsten Wochen die entscheidenden Verhandlungen über den mehrjährigen Finanzrahmen der EU 2014 bis 2020 und damit auch über die GAP-Reform stattfinden werden. Österreich setze sich für die Sicherung der Finanzmittel in den zwei Säulen der GAP ein, das betreffe die Direktzahlungen sowie die Förderung der ländlichen Entwicklung. Man habe aus den EU-Programmen das Optimum herausholen können, die Kofinanzierung funktioniere gut, die daraus erzielte Wertschöpfung in der Höhe von 1,4 Mrd. Euro habe eine noch stärkere Abwanderung und einen radikalen Verlust von Betrieben verhindert.

### Masterplan für ländlichen Raum entwickeln

Gemeindebund-Präsident Helmut Mödlhammer fordert zum wiederholten Mal auf, einen Masterplan für den länd-



**Meinungsforscher Werner Beutelmeyer:** „Der ländliche Raum wird nicht mehr als Produktionsraum gesehen.“

lichen Raum zu entwickeln. Das Bekenntnis zum ländlichen Raum sei immer da, die Fakten sähen jedoch anders aus, kritisierte er. Und er listete Vorschläge auf, die aus seiner Sicht umzusetzen wären.

- Zunächst bedürfe es einer ehrlichen Kosten-Nutzen-Rechnung. „Man kann nicht nur die Einsparungen im Auge behalten, sondern muss auch die daraus erwachsenden Belastungen für die Bürger, etwa im Verkehrsbereich aber auch hinsichtlich der Beeinträchtigung der Umwelt, berücksichtigen.“
  - Es sei notwendig, die Fördersysteme zu durchleuchten, damit die Wirtschaftsförderung nicht nur in die Ballungsräume wandert, sondern die Arbeit wieder zum Menschen gebracht werde.
  - Auch das System der Wohnbauförderung sei zu hinterfragen.
  - Wesentlich sei es auch die Daseinsvorsorge als Grundeinrichtung im Finanzausgleich abzusichern.
  - Nahverkehr sei eine Lebensader des ländlichen Raums, weshalb die Infrastruktur des öffentlichen Verkehrs und der modernen Telekommunikation nicht abgebaut werden dürfe, sondern im Gegenteil auszubauen sei.
- Grundsätzlich bedürfe es eines neuen Bewusstseins für den ländlichen Raum und die Entwicklung einer Qualitätsoffensive, schloss Mödlhammer.

### Mit EVN SmartHome bis zu 20% weniger Heizkosten

EVN unterstützt durch technische Innovationen ihre Kundinnen und Kunden beim Energiesparen – und das mit gleichzeitiger Komfortsteigerung.

Mit EVN SmartHome wird die Heizung bequem über Internet und Handy-App gesteuert werden. Ab nun kann die Temperatur in jedem Raum von unterwegs individuell eingestellt werden – egal ob aus dem Urlaub, beim Einkaufen, oder aus der Arbeit.



Durch EVN SmartHome wird nur jene Energie verbraucht, die auch wirklich gebraucht wird.

Mit EVN SmartHome wird im ersten Schritt die Heizung intelligent – die Heiztemperatur wird für jeden gewünschten Raum individuell zu unterschiedlichen Zeiten gesteuert. So wird wirklich nur die Wärme verbraucht, die auch benötigt wird. Energiesparen ohne Komfortverlust.

SmartHome Kunden können von zu Hause oder von unterwegs ihre Heizkörper programmieren oder live steuern. Die Eingabe erfolgt über Computer oder Smartphone, das zentrale Steuerelement Cube gibt die Wünsche per Funk an spezielle Heizkörperthermostate weiter.

Das EVN SmartHome Startpaket ist über [www.smarthome.evn.at](http://www.smarthome.evn.at) oder Tel. 0800 800 777 zu beziehen.

entgeltliche Einschaltung

# Rechtstipps aus der Praxis

*Notkompetenz des Bürgermeisters gemäß § 38 Abs. 3 NÖ GO 1973*

von Franz Nistelberger

In einer aktuellen Rekursentscheidung hat sich das Landesgericht St. Pölten (neuerlich) mit den Voraussetzungen beschäftigt, die die Notanordnung gemäß § 38 Abs 3 NÖ GO 1973 betreffen.

## Besitzstörungsklage einer NÖ Gemeinde

Dem Sachverhalt liegt eine Besitzstörungsklage einer NÖ Gemeinde zugrunde. Die Besitzstörungsklage muss innerhalb einer Frist von 30 Tagen eingebracht werden. Diese Frist ist meistens zu kurz, um im Sinne des § 35 Zi 16 NÖ GO 1973 eine Beschlussfassung des Gemeinderates vor Einbringung der Klage herbeizuführen.

Im gegenständlichen Fall wurde daher von der Bürgermeisterin gem § 38 Abs 3 NÖ GO 1973 der Auftrag zur (fristgerechten) Einbringung der Besitzstörungsklage erteilt.

## Erstgericht wies die Klage zurück

Das Erstgericht hat die Klage im wesentlichen mit der Begründung zurückgewiesen, dass für die Klags-einbringung die Beschlussfassung des Gemeinderates erforderlich sei. Ohne



Im konkreten Fall hat das Erstgericht lediglich eine Verbesserungsfrist von fünf Tagen aufgetragen. Diese Frist wurde vom Landesgericht St. Pölten als äußerst knapp bemessen angesehen.

konkreten Nachweis, warum ein Beschluss innerhalb der 30-tägigen Frist nicht herbeigeführt hätte werden können, stelle eine Rechtfertigung des Vorgehens durch die Bürgermeisterin gem § 38 Abs 3 NÖ GO 1973 nicht eine vom Gesetz geforderte besondere Ermächtigung dar.

## Gemeinderatsbeschluss kann nachgeholt werden

Nach ständiger Rechtsprechung des Landesgerichts St. Pölten bedarf auch eine Besitzstörungsklage grundsätzlich der Genehmigung durch den Gemeinderat gemäß § 35 Zi 16 NÖ GO 1973. Wenn allerdings dieser Beschluss zum Zeitpunkt der Klags-einbringung noch nicht vorliegt, ist eine nachträgliche Sanierung dadurch zulässig, dass ein entsprechender Gemeinderatsbeschluss innerhalb einer angemessenen Verbesserungsfrist nachgeholt wird. Hierzu ist es erforderlich, dass die Verbesserungsfrist ausreichend lange bemessen wird, weil anderenfalls die Einberufung des Kollegialorganes Gemeinderates nicht rechtzeitig erfolgen kann.

In dem zu beurteilenden Fall hat das Erstgericht lediglich eine Verbesse-

rungsfrist von fünf Tagen aufgetragen. Diese Frist wurde vom Rekursgericht als äußerst knapp bemessen angesehen. Damit wäre es der Gemeinde nur mehr möglich gewesen einen bereits vorher gefassten Gemeinderatsbeschluss nachzuweisen, nicht aber nachträglich einen entsprechenden Gemeinderatsbeschluss zu fassen. Zusätzlich wurde vom Rekursgericht bedacht, dass die Verbesserungsfrist in die traditionelle Sommerurlaubszeit gefallen ist.

Aufgrund dieser Überlegungen ist das Rekursgericht davon ausgegangen, dass aufgrund der spezifischen Gegebenheiten die rechtzeitige Befassung des Gemeinderates nicht mehr realistisch war. Es hat daher ausgesprochen, dass die Bürgermeisterin eine Notanordnung gemäß § 38 Abs 3 NÖ GO 1973 treffen und dadurch den gegebenen Mangel in der gesetzlichen Vertretung sanieren kann.

Wichtig ist der weitere Ausspruch des Landesgerichts St. Pölten, wonach in einem solchen Fall die Bürgermeisterin dem Gemeinderat in der nächsten Sitzung über ihre Notanordnung lediglich zu berichten hat (§ 38 Abs 4 NÖ GO 1973).



**Dr. Franz Nistelberger**

ist Verbandsanwalt des  
Gemeindevertreterverbandes der  
Volkspartei Niederösterreich



# Die erste **Energie-Gemeinderätin**

## *Umsetzung des NÖ Energie-Effizienz-Gesetzes ist in vollem Gang*

In Niederösterreich ist die Umsetzung des österreichweit ersten Energie-Effizienz-Gesetzes (EEG) bereits in vollem Gange. Die Energiebuchhaltung wird gut angenommen: bereits 122 Gemeinden mit 380 öffentlichen Gebäuden sind erfasst, und schon über 150 Gemeinden haben eine Energiebeauftragte oder einen Energiebeauftragten gemeldet. Eine davon ist Sandra Hörmann aus Melk, die nicht nur eine der ersten Energiebeauftragten, sondern auch die erste Energie-Gemeinderätin (d. h. Gemeinderätin UND gleichzeitig Energiebeauftragte) ist: „Ich lerne durch die Beschäftigung mit dem Thema Energie selbst sehr viel dazu. Es gibt unheimlich viele Sparpotentiale: sowohl in der Gemeinde als auch in den eigenen vier Wänden!“

Laut Gesetz ist die Bestellung eines oder einer Energiebeauftragten ab 2013 verpflichtend. Energie-Landesrat Stephan Pernkopf erklärt warum: „Im Energiebereich ist Spezialwissen gefragt. Die Energiebeauftragten übernehmen die Energiebuchhaltung für die Gemeinden und helfen mit das Thema Energie-Effizienz voranzutreiben.“ Die Energiebeauftragten müssen eine mindestens 40-stündige Ausbildung zum Thema Energieeffizienz, mit den Schwerpunkten auf Bauphysik, Heizungstechnik, Lüftungstechnik und elektrischer Energie nachweisen oder einen dementsprechenden Kurs bei der Energie- und Umweltagentur NÖ (eNu) absolvieren. Herbert Greisberger, Geschäftsführer der eNu: „Wir stellen unser Know-how im Bereich Energieberatung und Energieeffizienz zur

Verfügung, um mit den Energiebeauftragten starke Verbündete für die Erreichung der Energieziele des Landes zu gewinnen.“



Sandra Hörmann aus Melk mit Energie-Landesrat Stephan Pernkopf.

plus  
eco

Die Wirtschaftsagentur des Landes Niederösterreich

## niederösterreich öffnet möglichkeiten. mit ecoplus.



Ein Land schafft Zukunft. Vor 25 Jahren wurde die Regionalförderung in Niederösterreich beschlossen. Seitdem hat ecoplus mehr als 2.100 Projekte unterstützt: kommunale Investitionen und touristische Leitprojekte, Betriebs- und Gewerbegebiete, Innovations- und Zukunftszentren. Auch in Zukunft öffnen wir neue Möglichkeiten für die Entwicklung unserer Regionen. Die Regionalförderung und ecoplus.

[www.ecoplus.at](http://www.ecoplus.at)

ecoplus. Niederösterreichs Wirtschaftsagentur GmbH, Niederösterreichring 2, Haus A, 3100 St. Pölten



# Veräußerung eines „privaten“ Grundstücks

Bei jeweils teilweiser Umwidmung vor 1.1.1988 bzw. nach 31.12.1987

von Raimund Heiss

In letzter Zeit häufen sich die Anfragen zu den neuen Regelungen betreffend die Besteuerung von Grundstücksveräußerungsgeschäften. Eine der vielen Anfragen, nämlich wie sind die Einkünfte bei der Veräußerung eines Grundstücks zu ermitteln, das teilweise vor dem 1.1.1988 und teilweise nach dem 31.12.1987 umgewidmet wurde, soll im Folgenden einer Lösung zugeführt werden.

## Sachverhalt

Ein „privates“ Grundstück einer Gemeinde (keinem Betrieb gewerblicher Art zugehörig), das zum 31. März 2012 nicht mehr steuerverfänglich war („Altvermögen“), soll als Bauland verkauft werden. Ein Teil des Grundstücks wurde bereits vor dem 1.1.1988 in Bauland umgewidmet. Für den anderen Teil des Grundstücks soll jetzt vor der Veräußerung des Gesamtgrundstücks noch eine Umwidmung in Bauland erfolgen. Wie hat bei der Veräußerung des Grundstücks die Einkünfteermittlung zu erfolgen?

## Lösung

### Pauschale Ermittlung der Einkünfte nach § 30 Abs 4 EStG

§ 30 Abs 4 EStG lautet:

„Soweit Grundstücke am 31. März 2012 nicht steuerverfänglich waren, sind als Einkünfte anzusetzen:

1. Im Falle einer Umwidmung des Grundstückes nach dem 31. Dezember 1987 der Unterschiedsbetrag zwischen dem Veräußerungserlös und den mit 40 Prozent des Veräußerungserlöses anzusetzenden Anschaffungskosten. Als Umwidmung gilt eine Änderung der Widmung, die nach dem letzten



Nach der kürzlich veröffentlichten Ansicht des Finanzministeriums kommt die pauschale Einkünfteermittlung nur für den Grundstücksteil zur Anwendung, der nach dem 31.12.1987 umgewidmet wurde.

*entgeltlichen Erwerb stattgefunden hat und die erstmals eine Bebauung ermöglicht, die in ihrem Umfang im Wesentlichen der Widmung als Bauland oder Baufläche im Sinne der Landesgesetze auf dem Gebiet der Raumordnung entspricht. Dies gilt auch für eine spätere Umwidmung in engem zeitlichem und wirtschaftlichem Zusammenhang mit der Veräußerung.*

2. In allen übrigen Fällen der Unterschiedsbetrag zwischen dem Veräußerungserlös und den mit 86 Prozent des Veräußerungserlöses anzusetzenden Anschaffungskosten.“

Fraglich ist, ob die pauschale Einkünfteermittlung nach § 30 Abs 4 Z 1 EStG aufgrund der Umwidmung eines Teiles des Grundstückes nach dem 31.12.1987 für das gesamte Grundstück anzuwenden ist.

Wenn dem so wäre, könnten pauschal nur 40 Prozent des Veräußerungserlöses

als fiktive Anschaffungskosten angesetzt werden, 60 Prozent des Veräußerungserlöses würden dem 25-prozentigen besonderen Steuersatz unterliegen (Steuerbelastung folglich 15 Prozent vom Veräußerungserlös).

Nach der kürzlich veröffentlichten Ansicht des Finanzministeriums kommt die pauschale Einkünfteermittlung nach § 30 Abs 4 Z 1 EStG nur für den Grundstücksteil zur Anwendung, der nach dem 31.12.1987 umgewidmet wurde.

Demzufolge führt die spätere Umwidmung von Teilen des Grundstückes nicht dazu, dass die fiktiven Anschaffungskosten gemäß § 30 Abs 4 Z 1 EStG (40 Prozent des Veräußerungserlöses) für das gesamte Grundstück (auch für den vor dem 1.1.1988 umgewidmeten Teil) heranzuziehen sind.

Für den Teil des Grundstückes, der bereits zum 1.1.1988 als Bauland gewidmet war, sind die fiktiven Anschaffungskosten nach § 30 Abs 4 Z 2 EStG zu ermitteln.



Für diesen Teil des Grundstücks können 86 Prozent des Veräußerungserlöses als fiktive Anschaffungskosten angesetzt werden, 14 Prozent des Veräußerungserlöses würden dem 25-prozentigen besonderen Steuersatz unterliegen (Steuerbelastung folglich 3,5 Prozent vom Veräußerungserlös). Es hat nach Ansicht des Finanzministerium folglich eine Aufteilung des Veräußerungserlöses zu erfolgen.

#### **Achtung**

*Wählt man die pauschale Ermittlung der Einkünfte, können keine anderen Werbungskosten geltend gemacht werden.*

#### **„Regel-Einkünfteermittlung“ nach § 30 Abs 3 EStG**

Auf Antrag können die Einkünfte anstatt nach § 30 Abs 4 EStG (pauschale Ermittlung der Einkünfte) auch nach § 30 Abs 3 EStG („Regel-Einkünfteermittlung“) ermittelt werden.

Danach sind als Einkünfte der Unterschiedsbetrag zwischen dem Veräußerungserlös und den Anschaffungskosten anzusetzen. Die Anschaffungskosten sind um Herstellungsaufwendungen

und Instandsetzungsaufwendungen zu erhöhen, soweit diese nicht bei der Ermittlung von Einkünften zu berücksichtigen waren.

Die Anschaffungskosten sind um Absetzungen für Abnutzungen, soweit diese bei der Ermittlung außerbetrieblicher Einkünfte abgezogen worden sind, sowie um die in § 28 Abs 6 EStG genannten steuerfreien Beträge zu vermindern. Müssen Grundstücksteile im Zuge einer Änderung der Widmung auf Grund gesetzlicher Vorgaben an die Gemeinde übertragen werden, sind die Anschaffungskosten der verbleibenden Grundstücksteile um die Anschaffungskosten der übertragenen Grundstücksteile zu erhöhen. Die Einkünfte sind noch zu vermindern um

- die für die Mitteilung oder Selbstberechnung gemäß § 30c EStG anfallenden Kosten;
- 2 Prozent jährlich ab dem elften Jahr nach dem Zeitpunkt der Anschaffung, höchstens jedoch um 50 Prozent (Inflationsabschlag).

#### **Achtung**

*Wählt man die „Regel-Einkünfteermittlung“ können aufgrund eines grund-*

*sätzlichen Werbungskostenabzugsverbotes nur die genannten Werbungskosten geltend gemacht werden!*

Die „Regel-Einkünfteermittlung“ wird man dann sinnvollerweise beantragen, wenn die tatsächlich ermittelten Anschaffungskosten für das Grundstück höher waren als die fingierten Anschaffungskosten.

#### **Achtung**

*Im Falle einer Umwidmung im Sinne des § 30 Abs 4 Z 1 EStG ist aber zu beachten, dass für den Inflationsabschlag der Zeitpunkt der Änderung der Widmung als Anschaffungszeitpunkt maßgeblich ist.*



**Mag. Dr. Raimund Heiss**

ist Finanzstadtrat in Neulengbach und Kommunalexperte bei der NÖ Gemeinde Beratungs & SteuerberatungsgesmbH

## Neuregelung **Umweltgemeinderäte**

### *Keine Entschädigung mehr, um Ungleichbehandlung zu vermeiden*

Mit Beschluss des NÖ Landtags vom 4. Oktober 2012 (Zustimmung ÖVP, SPÖ, FPÖ, dagegen: GRÜNE) wurden die entsprechenden gesetzlichen Bestimmungen dahingehend geändert, dass Umweltgemeinderäten in Zukunft keine besondere Entschädigung mehr zukommt. Dies gilt jedoch erst für die kommende Funktionsperiode der Gemeinderäte in NÖ, um den für diese Periode gewählten Umweltgemeinderäten keine plötzlichen Einbußen zu bescheren.

Aus gesellschaftspolitischer Notwendigkeit wurde in dem Zusammenhang eine Neuregelung der Gemeindeordnung und des Stadtrechtsorganisati-

onsgesetzes beschlossen, sowie die Bestellung von Gemeinderäten mit besonderen Aufgaben, insbesondere für die Bereiche Jugend und Bildung, geschaffen.

Für die neu geschaffenen Gemeinderäte mit besonderen Aufgaben wird es künftig keine zusätzliche Entschädigung geben. Deshalb wird auch die besondere Entschädigung für Umweltgemeinderäte künftig wegfallen, um Ungleichgewichtigungen zu vermeiden.

GVV-Präsident Alfred Riedl hält dazu fest: „Erstens wird mit dieser Neuregelung etwas weggenommen. Zweitens hat der NÖ Landtag bereits vor zwei Jahren eine Bezügeanpassung

beschlossen, die ermöglichen soll, dass sich die Jugend besser zwischen privater Karriereplanung und öffentlichem Engagement arrangieren kann. Und drittens ist bereits der Großteil der Umweltgemeinderäte durch ihr Engagement zu geschäftsführenden Gemeinderäten bestellt. Und eine doppelte Vergütung dafür noch nie gegeben.“ Riedl abschließend: „Wir Gemeindevertreter sind der Meinung, dass auch in Zukunft die Umweltgemeinderäte ihre Tätigkeit mit dem gleichen Engagement und den gleichen positiven Ideen, die die Gemeinden so lebenswert machen, ausfüllen werden, speziell und gerade wenn sie von der Volkspartei gestellt werden.“

# Herausforderungen bewältigen

## Energie & Umwelt-Gemeinde-Tag in Mödling

**W**ie können Gemeinden und Regionen auf große globale Herausforderungen wie Ressourcenverknappung oder Klimawandel reagieren? Was können Entscheidungsträger auf der lokalen Ebene tun, um zukunftsfähige Entwicklungen anzustoßen und zu fördern? Welche Unterstützung gibt es für Gemeinden, die nachhaltige Projekte umsetzen wollen? Diese und weitere Fragen wurden beim Energie&Umwelt-Gemeinde-Tag in Mödling diskutiert.

Die Referenten zeigten die Notwendigkeit und Dringlichkeit nachhaltigen Handelns auf. Laut Dietmar Kanatschnig vom Österreichischen Institut für nachhaltige Entwicklung sind die Herausforderungen für die Gemeinde der Zukunft die sogenannten „Mega-

trends“, nämlich Energie- und Ressourcenverknappung, demographischer Wandel sowie Klimawandel. Zur Bewältigung dieser Herausforderungen brauche es hauptsächlich zwei Eigenschaften: Resilienz und Nachhaltigkeit. Resilienz bedeutet, auf nicht vorhersehbare Situationen vorbereitet zu sein. Für diese Krisensicherheit seien kleinräumige, flexible und vielfältige Strukturen notwendig.

Helfried Faschingbauer vom Unternehmensberatungsunternehmen Klein & Faschingbauer empfiehlt Gemeinden vor allem Hilfe zur Selbsthilfe: „Es lohnt sich nicht auf InvestorInnen von außen zu warten, wichtig ist, die vorhandenen Potenziale richtig zu nutzen: Jeder Mensch bringt besondere Fähigkeiten mit und diese sollte man in der Gemeinde bestmöglich einsetzen.“



LABg. Bgm. Hans Stefan Hintner (Mödling), Landesrat Stephan Pernkopf, eNu-Geschäftsführer Herbert Greisberger und Vize-Bgm. Gerhard Wannenmacher (Mödling)

### Information

Texte zum Nachlesen auf [www.umweltgemeinde.at](http://www.umweltgemeinde.at)

## Photovoltaik-Tagung in Laxenburg

### Energieexperten aus ganz Österreich tagten im „Sonnenland“ Niederösterreich

**D**ie Photovoltaikindustrie wächst weltweit und gewinnt zunehmend an Bedeutung im Energiesektor. Mit den damit verbundenen Chancen und Herausforderungen beschäftigten sich Expertinnen und

Experten zwei Tage lang auf der 10. Österreichischen Photovoltaik-Tagung in Laxenburg. Ziel war der Austausch von Know-how und der Anstoß für weitere Innovationen.

„Niederösterreich hat sich ambitionierte Ziele gesetzt und arbeitet mit Hochdruck an deren Erfüllung“, sagte Energie-Landesrat Stephan Pernkopf. Bis 2015 sollen 100 Prozent des Strombedarfs, und bis 2020 die Hälfte des Gesamtenergieverbrauchs in Niederösterreich aus erneuerbarer Energie stammen. „Der Ausbau erneuerbarer Energien ist für uns von größter Wichtigkeit, darum haben wir in diesem Jahr zusätzlich zur Bundesförderung 9 Millionen Euro zum Photovoltaik-Ausbau zur Verfügung gestellt“, so Pernkopf.

Mit der Förderung wurde laut Pernkopf die Errichtung von 4.100 neuen Anlagen ermöglicht. Das verfestigt Niederöster-

reichs Position als Photovoltaik-Bundesland Nummer 1: In Niederösterreich befinden sich mehr installierte Photovoltaikanlagen als in allen acht anderen Bundesländern zusammen. Diese liefern schon jetzt Sonnenstrom für 15.000 Haushalte.

Herbert Greisberger, Geschäftsführer der Energie- und Umweltagentur NÖ, stellte zum Beispiel das von der eNu entwickelte PV-Bürgerbeteiligungsmodell vor und referierte über die Rolle von Bürgerbeteiligungsaktivitäten beim Ausbau der Photovoltaik.



Im Mittelpunkt der Veranstaltung stand der Austausch über Forschungsmöglichkeiten und Innovationsmöglichkeiten.

### Informationen zu Photovoltaik

Energie- und Umweltagentur NÖ  
Tel.: 02742/219 19  
[www.enu.at](http://www.enu.at)



## Impressum:

**Herausgeber:** Gemeindevertreterverband der Volkspartei Niederösterreich (Kommunalpolitische Vereinigung - KPV) 3100 St. Pölten, Ferstlergasse 4

**Mit der Herausgabe beauftragt:**

Landesgeschäftsführer

Mag. Christian Schneider

**Medieninhaber:** Österreichischer Kommunal-Verlag GmbH., 1010, Wien, Löwelstraße 6, Tel.: 01/532 23 88-0, Fax: 01/532 23 88-22

www.kommunalverlag.at

**Geschäftsführung:**

Mag. Michael Zimper

**Chefredakteur:** Mag. Helmut Reindl,

E-Mail: helmut.reindl@kommunal.at

**Mitarbeit:** Mag. Sotiria Taucher,

Prof. Franz Oswald, Dr. Walter Leiss, Mag. Christian Schneider, Dr. Raimund Heiss

**DTP:** Österreichischer Kommunal-Verlag, Thomas Max

E-Mail: thomas.max@kommunal.at

**Anzeigenverkauf:** Walter Rettenmoser,

Tel.: 01/532 23 88-25,

E-Mail: walter.rettensmoser@kommunal.at

**Fotos:** Bildstelle der NÖ Landesregierung, Erwin Wodicka (www.bilderbox.biz), Foto Baldauf (www.bilder.services.at), iStock Photo (www.istockphoto.com)

**Hersteller:** Leykam Druck, 7201 Neudorf

**Erscheinungsort:** 2700 Wr. Neustadt

**Auflage kontrolliert:** 12.800 Exemplare.

Direktversand ohne Streuverlust an folgende Zielgruppen in NÖ: Mandatäre und leitende Bedienstete in allen NÖ Gemeinden (Bürgermeister, Vizebürgermeister, Stadt- und Gemeinderäte, Ortsvorsteher und leitende Gemeindebeamte). Alle NÖ Abgeordneten zum National- und Bundesrat sowie Landtag, alle Mitglieder der Landes- und Bundesregierung und alle Abteilungsleiter und deren Stellvertreter beim Amt der NÖ Landesregierung. Alle Bezirkshauptleute und deren Stellvertreter sowie alle Fachjuristen der Bezirkshauptmannschaften in NÖ. Alle Leiter und deren Stellvertreter der Gebietsbauämter in NÖ sowie alle Sachverständigen des Landes, der Bezirkshauptmannschaften und der Gebietsbauämter. Alle Bezirks- und Landesfunktionäre sowie leitenden Beamten der gesetzlichen Interessenvertretungen in NÖ (Wirtschafts-, Landwirtschafts- und Arbeiterkammer) sowie alle Abteilungsleiter von Landesgesellschaften. Alle Funktionäre und Geschäftsführer von in NÖ relevanten Verbänden, Organisationen und Institutionen.

Dieses „Fachjournal für Kommunalpolitik“ erreicht alle für die Kommunalpolitik wichtigen Meinungsträger im größten österreichischen Bundesland.

Namentlich gezeichnete Artikel geben die Meinung der jeweiligen Autoren wieder und liegen in deren alleiniger Verantwortung. Persönlich gezeichnete Berichte müssen sich daher nicht mit der Auffassung des Herausgebers oder Medieninhabers decken.

# Bittere Niederlage in Krems

## Parkraumbewirtschaftung als Ursache geortet

Die ÖVP musste bei der Gemeinderatswahl in Krems herbe Verluste hinnehmen und wurde von der SPÖ überholt. Die Volkspartei verlor gegenüber 2007 10,1 Prozentpunkte und erhielt 36,2 Prozent der Stimmen. Das sind 15 der 40 zu vergebenden Mandate. Die SPÖ konnte zwar auch nur ihr Ergebnis von vor sieben Jahren (37,9 Prozent) in etwa halten, setzte sich damit aber vor die VP. Dazugewinnen konnten FPÖ, Grüne und vor allem Kleinparteien.

Bürgermeisterin Inge Rinke kündigte ihren Rücktritt an. „Wir sind in den fünf Jahren einen harten Sparkurs gefahren. Es ist uns nicht gelungen, der Bevölkerung nahe zu bringen, dass wir die

Schulden reduziert haben. Es haben auch die Oppositionsparteien nicht so wirklich mitgearbeitet“, bedauert Rinke. Ein Stolperstein für die Bürgermeisterin war auch die zuletzt heftig diskutierte Parkraumbewirtschaftung in Krems. Mit der Einführung der großflächigen grünen und blauen Zonen zog Rinke den Unmut der Bevölkerung auf sich und bekam bei den Gemeinderatswahlen am Sonntag die Rechnung dafür präsentiert.

Auch VP-Landesgeschäftsführer Gerhard Karner sieht „die Parkzonen Diskussion sicherlich als Auslöser des erwarteten knappen Wahlausgangs in Krems“. Rinkes Entscheidung zurückzutreten, sei zu respektieren.

# Neuer Vorstand für ARGE Stadtamtsdirektoren

Anlässlich der 111. Arbeitstagung der Arbeitsgemeinschaft der Stadtamtsdirektoren Niederösterreichs in St. Pölten wurde Stadtamtsdirektor Leopold Ott aus Neulengbach zum ersten Vorsit-

zenden gewählt. Neu in den Vorstand der ARGE wurden Gerhard Nenning (Scheibbs), Gernot Zottl (Ternitz) und Hermann Neumeister (Zwettl) entsendet.



Gerhard Nenning, Johann Wachter, Rudolf Polt, Alfred Gehart, Gernot Zottl, Leopold Ott, Alfons Klebl, Hermann Neumeister, Kurt Wieland und Herbert Chromy



# WIR FINANZIEREN AUTOS. UND DIE STRASSEN, AUF DENEN SIE FAHREN.

Als Spezialist für Finanzierungen der öffentlichen Hand bietet die **HYPO NOE GRUPPE** maßgeschneiderte und individuelle Lösungen. Der ganzheitliche Ansatz für öffentliche Auftraggeber beginnt bei einer umfassenden Bedarfsanalyse mit kompetenter Beratung und reicht bis zur **professionellen Abwicklung inklusive**

## **zuverlässiger Projektrealisation.**

Über effektive Finanzierungskonzepte aus einer Hand - für die öffentliche Hand - informiert Sie der Leiter Public Finance & Corporates Austria, Wolfgang Viehauser, unter +43(0)5 90 910-1551, [wolfgang.viehauser@hyponoe.at](mailto:wolfgang.viehauser@hyponoe.at)